

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 10

- Halle 2001 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Inga Grebe und Daniel Bohse (v. i. S. d. P.)
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Jan Gerber

Auf der Suche nach Normalität. Der Antizionismus der westdeutschen Stadtguerrilla.....5

Christina Schröder

Sozialismus und Versorgungsprobleme: Die Zunahme materieller Unzufriedenheit und das Ende der DDR.....43

Jana Wüstenhagen / Karsten Rudolph

13. August 1961 – Die beiden deutschen Staaten auf der Leipziger Messe.....91

Georg Wagner-Kyora

Arbeiter verhandeln? – Betriebsalltag, Konfliktverhalten und Mentalität von Chemikern in den Leuna- und den Buna-Werken 1949 - 1989. Ein Projekt zur Erforschung der Arbeitergeschichte des Landes Sachsen-Anhalt.....119

„Wenn unsere Politiker auch nur eine Chance gehabt hätten, einen Blick in unsere Schränke, Keller, Regale und Schubfächer zu werfen – nicht, um nach verbotenen Büchern oder staatsfeindlichen Materialien zu suchen –, dann hätten sie die Zukunft, die auf ihre wunderbaren Pläne für den Sozialismus wartete, gesehen. Aber sie haben nicht nachgeschaut.“¹

Sozialismus und Versorgungsprobleme: Die Zunahme materieller Unzufriedenheit und das Ende der DDR²

Von Christina Schröder

Eine der Achillesfersen der SED war die Konsumpolitik. Kein anderes Gebiet der DDR-Innenpolitik litt so sehr unter den offensichtlichen Unterschieden zwischen dem, was die Partei versprach und als erreicht feierte, und dem, was DDR-Bürgern im Alltag begegnete. Und kaum ein anderes Feld entfachte so sehr den Ehrgeiz der Partei – ermöglichte die Konsumkultur doch einen direkten Leistungsvergleich zum kapitalistischen Westen. Gerade aus dem Anspruch, ihre Bürger sozial und konsumpolitisch zu „versorgen“, erwachsen der SED jedoch Verpflichtungen und Erwartungen, die sie während des gesamten Bestehens der DDR nicht zu erfüllen vermochte.

Seit Mitte der siebziger Jahre entwickelten DDR-Bürger ein zunehmendes Kritikbedürfnis, das sich nicht nur im Anstieg von Eingaben, sondern auch in täglich geführten Diskussionen im privaten und auch öffentlichen Rahmen äußerte. In der DDR wurde gemeckert, was das Zeug hielt: wenn man den scheinbar einfachsten Dingen hinterherlaufen mußte; wenn man für Stunden anstand – oftmals ohne genau zu wissen, was es gerade „gab“; oder wenn man wieder einmal erfahren mußte, daß es das, wofür man angestanden hatte, gerade nicht mehr gab.

Zusammen mit einer wachsenden politisch motivierten Unruhe bildete diese wirtschaftliche Unzufriedenheit ein explosives Gemisch, das 1989/90 der friedlichen Revolution in der DDR zum Sieg verhalf. In zahlreichen Untersuchungen zum Thema wird dabei der politische

¹ Slavenka Drakulić, *Wie wir den Kommunismus überstanden und dennoch lachten*, Berlin 1991.

² Dieser Beitrag beruht zum Teil auf Recherchen, die ich zu meiner Magisterarbeit durchgeführt habe.

Aspekt in den Vordergrund gestellt.³ Politische Motive werden jedoch auch sehr stark davon gelenkt, wie sowohl eigener Lebensstandard als auch staatliche Wirtschaftskraft subjektiv wahrgenommen werden.⁴ Für eine ausreichende Interpretation des Zusammenbruchs der DDR darf daher das Verhältnis der Bevölkerung zur staatlichen Konsum- und Wirtschaftspolitik nicht unterschätzt werden.

Der folgende Beitrag thematisiert diesen Aspekt. Auf der Grundlage von Bürgereingaben aus dem letzten Jahrzehnt der DDR wird der Einfluß, den die wachsende materielle Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung auf den inneren Zusammenbruch des SED-Staates hatte, untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Konsumgütern und den sogenannten „Waren des täglichen Bedarfs“, da gerade sie eine „potentiell brisante politische Angelegenheit“ und ein „Politikum ersten Ranges“ für die SED darstellten.⁵

I. *Eingaben in der DDR*

Eingaben von DDR-Bürgern haben als Quelle immense sozial-historische Bedeutung. Sie boten die einzige, wenn auch begrenzte, Möglichkeit, auf formellem Weg Kritik an bestehenden Mängeln zu äußern und gleichzeitig eigene Forderungen anzubringen. Die enormen Mengen von Eingaben, die als Bitt- und Beschwerdeschriften jährlich an Partei- und Staatsorgane geschrieben wurden, demonstrieren, daß von

³ Vgl. z.B. Karl-Dieter Opp, Peter Voss, Christiane Gern, *Origins of a Spontaneous Revolution: East Germany, 1989*, Ann Arbor (Michigan) 1998; Gert-Joachim Glaeßner (Hg.), *Eine deutsche Revolution: Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen*, Frankfurt/Main 1992, S. 17-38 (= *Berliner Schriften zur Politik und Gesellschaft im Sozialismus und Kommunismus*, Bd. 4), Bernd Lindner, *Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90*, Bonn 1998.

⁴ Vgl. George Katona, *Psychological Economics*, New York, Oxford, Amsterdam 1975, S. 382ff; Tibor Scitovsky, *The Joyless Economy: an Inquiry into Human Satisfaction and Consumer Dissatisfaction*, Oxford 1978, S. 106.

⁵ André Steiner, *Dissolution over the „Dictatorship over Needs“? Consumer Behavior and Economic Reform in East Germany in the 1960s*, in: Susan Strasser, Charles McGovern, Matthias Judt (Hg.), *Getting and Spending: European and American Consumer Societies in the Twentieth Century*, Washington 1998, S. 167-185, hier S. 171 und Annette Kaminsky, „Ein Politikum ersten Ranges“: Kleiner Rückblick auf die Konsumgeschichte der DDR, in: Wolfgang Thierse, Ilse Spittmann-Rühle, Johannes L. Kuppe (Hg.), *Zehn Jahre Deutsche Einheit*, S. 71-83.

dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. Zu Recht sprechen Sozialwissenschaftler von einer regelrechten „Eingabekultur“ (Ina Merkel), einer „Beschwerdeflut“ (Jochen Stadt) und einem allgemeinen „Eingabebewußtsein“ (Wolfgang Bernet) der DDR-Bürger.⁶ Erhielt der Petitionsausschuß des Bundestages zwischen 1983 und 1987 beispielsweise rund 49.000 Eingaben,⁷ schrieben im selben Zeitraum DDR-Bürger das Siebenfache, rund 343.000 Eingaben, an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden.⁸ Der Vergleich zur Bundesrepublik zeigt, daß die DDR-Bürger ihr Land ganz offensichtlich als Mangelgesellschaft empfanden. Der drastische Anstieg der Schreiben im Verlaufe der achtziger Jahre symbolisiert das wachsende Potential allgemeiner, politischer und ökonomischer Frustration in der Bevölkerung.

Petitionen sind subjektive Dokumente und bergen als solche bestimmte Probleme in sich. Eingaben und Briefe verschaffen dem heutigen Leser keinen, wie Merkel und Mühlberg meinen, „unverfälschten Eindruck von Stimmungslagen und Befindlichkeiten zu DDR-Zeiten.“⁹ Sie sind keine direkten Abbilder von Stimmungen: Eingaben verfolgen immer einen Zweck. Besonders in der DDR, wo Versorgungs- und Qualitätsprobleme eine Petition an Erich Honecker oder den Staatsrat oft als die einzige und letzte Aussicht auf Erfolg erscheinen ließen, war die Schilderung der eigenen Situation oft von dem jeweiligen Anliegen des Petenten beeinflusst. Deshalb sind Über- oder Untertreibungen, Verfälschungen oder betonte Hilflosigkeit durchaus mögliche und zu untersuchende Probleme der Quellen.

Eine weitere Schwierigkeit stellt neben der bewußten Veränderung von Tatsachen durch die Petenten der insgesamt subjektive Charakter der Briefe dar. Da, wie Wolfgang Bernet betont, die Eingabe in der DDR bereits recht zeitig ihren ursprünglichen Charakter als rechtspolitische

⁶ Vgl. Ina Merkel (Hg.), „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“: Briefe an das Fernsehen der DDR, Köln, Weimar, Wien 1998; Jochen Stadt, Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttreden, Ausreiseanträge und andere Schwierigkeiten mit den Untertanen, Berlin 1996; Wolfgang Bernet, Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR, in: Kritische Justiz 23 (1990), S. 153-61.

⁷ Vgl. Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949-1999, Bd. III, Baden-Baden 1999, S. 3133.

⁸ Bundesarchiv Berlin (Barch), DA 5/11088, DA 5/11107, DA 5/11419, DA 5/11421, DA 5/11423.

⁹ Ina Merkel, Felix Mühlberg, Eingaben und Öffentlichkeit, in: Merkel, „Meckerecke der Nation“, S. 9-32, hier S. 11.

Institution verlor¹⁰ und zum ostdeutschen Allheilmittel gegen politische Probleme, materielle Engpässe und planwirtschaftliche Widersprüche wurde, muß die Darstellung der Realität in diesen Schreiben sehr sorgfältig überprüft werden.

Bernet verweist außerdem auf den Versuch der DDR-Regierung, die Eingabe als allgemeines Mitgestaltungsrecht der Bürger zu deklarieren, was nicht ihrer wahren Funktion entsprach.¹¹ Dieser Aspekt ist wichtig und birgt ein weiteres Problem der Quelle: die Angst vor Repressionen. Bisherige Archivrecherchen vermitteln zwar den Eindruck, daß viele Absender solcher Eingaben, die einzig und allein die Befriedigung materieller Bedürfnisse im Sinne der Petenten verfolgten, keine Furcht vor persönlichen Repressionen hatten. Dennoch waren die Möglichkeiten der Petenten zur offenen Kritik natürlich begrenzt. Freie Meinungsäußerung war auch in den Eingaben nicht möglich, so daß ein Großteil der Petenten Sprache und Ausmaß der Kritik den Gefahren, die im System der DDR damit verbunden waren, angepaßt haben mag. Hinzu kommt, daß diese Gefahren trotz eines gewissen gesellschaftlichen ‚Grundgefühls‘ subjektiv sicherlich unterschiedlich empfunden wurden. Demnach trifft Hans-Georg Golz’ Aussage, die Eingaben in der DDR zeugten grundsätzlich von Zivilcourage in einem diktatorischen Staat,¹² grundsätzlich zu, verallgemeinert jedoch ein wenig und projiziert politische oder gesellschaftskritische Relevanz auf die Gesamtmenge aller Eingaben.

Trotz dieser Schwierigkeiten sind Eingaben sehr wichtige und aufschlußreiche sozialhistorische Quellen. Petitionen wurden von Bürgern aller Gesellschaftsschichten und aller Altersgruppen verfaßt. Obwohl genaue Zahlen oder präzise Schätzungen nicht vorliegen, erscheint Jonathan Zatlins Vorschlag, von 500.000 bis zu 750.000 jährlich an DDR-Institutionen geschickte Eingaben auszugehen, durchaus plausibel.¹³ Nahezu jede Institution innerhalb des Partei- und Staatsapparates

¹⁰ Vgl. Bernet, Eingaben als Ersatz.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 153.

¹² Hans-Georg Golz, Eingabenfreudige Ostdeutsche: Jahresbericht des Petitionsausschusses, in: Deutschland Archiv 30 (1997), S. 700-701, hier S. 701.

¹³ Vgl. Jonathan R. Zatin, Ausgaben und Eingaben: Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 902-917S, hier S. 906. Aufgrund statistischer Eigenheiten des DDR-Eingabensystems existieren offenbar keine Zahlen für die Gesamtmenge aller jährlich empfangenen Eingaben, zumindest konnte bisher kein Wert in den Akten gefunden werden. Vgl.

und der involvierten Massenorganisationen erhielt Eingaben und verfügte über eine spezielle Kommission, die sich ausschließlich mit der Bearbeitung dieser Eingaben befaßte. Die Bearbeitungsvorgänge, die durch Archivmaterial rekonstruierbar sind, lassen darauf schließen, daß es sich oftmals lohnte, Eingaben zu schreiben. Besonders bei materiellen Anliegen, die vom Einsender selbst trotz mehrfacher Bemühungen nicht erfüllt werden konnten, wurde durch die angeschriebene Institution oder einer von dieser instruierten lokalen Behörde das Problem oft gelöst.

Generell galt für das Schreiben von Eingaben: je zentraler die Adresse, desto besser. Der Grund dafür war den bearbeitenden Organen bekannt: „Zahlreiche Bürger wenden sich mit ihren Eingaben an zentrale Stellen, weil sie örtlich nicht immer die erforderliche Hilfe bei der Überwindung persönlicher Schwierigkeiten erhalten.“¹⁴

Gerade für die Geschichte der DDR, deren Eingabekultur quantitativ zu den aktivsten gehören dürfte,¹⁵ bieten die zahlreichen Eingaben die Möglichkeit zur Untersuchung der „Mecker-Institution“ sowie ihrer Ursachen. Es ist der Institution „Eingabe“ immanent, daß sie nicht nur den Akt des Meckerns, sondern auch Gegenstände, Gründe und Umstände desselben präsentiert. Petitionen sind demnach sehr gut geeignet, um – unter Berücksichtigung der oben genannten Probleme – sowohl die Situation, unter der sie entstanden sind, als auch die Modi, in denen sie bearbeitet und behandelt wurden, zu rekonstruieren. Der nächste Abschnitt unternimmt den Versuch der Rekonstruktion einiger typischer Probleme von DDR-Konsumenten anhand exemplarischer Eingaben.

auch Christina Schröder, *Indicators of Material Discontent: Citizen Complaints in the German Democratic Republic of the 1980s and the Impact of Economic Dissatisfaction on the 1989 Revolution*, unveröffentl. MA-Dissertation, University of Essex 2000, S. 15.

¹⁴ „Kurzinformation über Probleme aus Eingaben der Bürger an das Ministerium für Handel und Versorgung – Oktober 1973“ vom 6.11.1973, Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/vorl. SED 16949; siehe auch: Stenografisches Protokoll Beratung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 15.3.1985, BArch DA 1/15485.

¹⁵ Zatlin zeigt, daß die Zahl der Eingaben in Bulgarien 1984 bei nur rund 250.000 lag, während in Polen im Jahr 1981 1.789.120 Eingaben gezählt wurde. Der Wert für Polen schließt dabei die Briefe und Eingaben, die an Presse und Rundfunk geschickt wurden, mit ein, deren Anzahl jedoch nicht mit in die DDR-Eingaben-Statistik einfließt. Vgl. Zatlin, *Eingaben und Ausgaben*, S. 906.

II. *Diskussionen in der Bevölkerung*

Im August 1988 informierte der zuständige ZK-Sekretär für Versorgungsfragen, Werner Jarowinsky, Erich Honecker über ernsthafte Probleme in der Versorgungslage und ihre möglichen Folgen. In Eingaben und Diskussionen kritisierte die Bevölkerung immer stärker, daß sich die Versorgungslage im Vergleich zu den Vorjahren verschlechterte. Kritik und „Unverständnis zu auftretenden Versorgungslücken“, so Jarowinsky, nähmen beständig zu und die Entwicklung sei besonders „im Zusammenhang mit den bevorstehenden Parteiwahlen, der Vorbereitung des 40. Jahrestags der Gründung der DDR sowie den beschlossenen Kommunalwahlen 1989“ besorgniserregend.¹⁶ Ähnliche Warnungen finden sich in vielen anderen Berichten Jarowinskys oder Gerhard Briksas, seit 1972 DDR-Minister für Handel und Versorgung.

Besonders offensichtlich wurde diese Entwicklung in den monatlichen Berichten der Sekretäre der SED-Bezirksleitungen an die Parteiführung, in denen im Verlauf der achtziger Jahre zunehmend von politischen Diskussionen sowie Unverständnis und Ablehnung unter der Bevölkerung die Rede war. Hintergrund dieser Reaktionen waren „mehr und mehr ... die teilweise mangelhafte Qualität der Waren, eingeschlossen die modische Aktualität bei Bekleidungs-erzeugnissen, die vielfach als prekär bezeichnete Ersatzteilsituation, insbesondere bei hochwertigen Konsumgütern, wie elektrischen Haushaltgeräten und PKW sowie unzureichende Veränderungen hinsichtlich der ständigen Lücken bei vielen Artikeln der 1000 kleinen Dinge.“¹⁷ Auch die teilweise mangelhafte Versorgung mit Fleisch und Wurstwaren, mit Brot und Backerzeugnissen, vor allem aber Obst und Gemüse wurde zunehmend kritisiert.¹⁸ Die DDR-Bürger wurden als Konsumenten immer unzufriedener.

¹⁶ Zur Lage in der Versorgung der Bevölkerung und Maßnahmen zu ihrer Stabilisierung, Werner Jarowinsky an Erich Honecker am 26. August 1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 35457.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. Information über die Bearbeitung der Eingabe an den Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, der Kollegin Marianne Reichel, Vorsitzende der Frauenkommission Kombinat Fortschritt Landmaschinen, Betriebsteil Sondermaschinen- und Rationalisierungsmittelbau am 23.8.1985, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41852.

Wie begründet Jarowinskys Sorgen über die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung 1988 waren, zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Eingaben an staatliche und parteiliche Organe. Wie in den Jahren zuvor, nahm die Zahl der Eingaben im Vergleich zum Vorjahr erneut drastisch zu. Die Petitionen an den Staatsrat der DDR und seinen Vorsitzenden beispielsweise stiegen um mehr als 18.000 Schreiben von ca. 95.000 auf nahezu 114.000 an; das entspricht einer Zunahme von fast 20%. Ähnliche Werte gelten für den Trend der vorhergehenden Jahre (siehe Grafik 1).¹⁹ Auffällig dabei ist, daß sich der Anteil der Eingaben zu Handels- und Versorgungsfragen an der Gesamtzahl der Eingaben ebenfalls deutlich erhöhte: von 3,4% im Jahr 1987 auf 4,2% 1988 und sogar auf 6,7% 1989.²⁰

Dieser Anteil erscheint zunächst relativ gering. Er muß jedoch im Zusammenhang mit Tausenden Eingaben zur schlechten Wohnraumversorgung und ausbleibenden Wohnungsreparaturen gesehen werden, die seit den siebziger Jahren allein über 40% der jährlichen Eingaben an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden ausmachten.²¹ Auch unter den Eingaben an die Volkskammer, den Ministerrat oder die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) bildeten Wohnungsprobleme einen großen oder sogar den Hauptanteil.²² Zieht man Eingaben zu Qualitäts- und Versorgungsproblemen in Handel und Dienstleistungen sowie zur schlechten Wohnraumversorgung und –instandhaltung zusammen, befaßte sich mehr als die Hälfte der Eingaben, die in den achtziger Jahren an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden gesendet wurden, mit Konsumproblemen.²³

Der Entwicklung der Unzufriedenheit mit Handel und Versorgung sollte dennoch besondere Beachtung geschenkt werden. Während Eingaben zu Wohnungsproblemen konstant hoch waren und dies auch

¹⁹ Siehe Anhang, Grafik 1 (Barch DA 5/11044, 11050, 11069, 11088, 11107, 11419, 11421, 11423, 11425, 11445). Vgl. auch Barch DA 5/11423.

²⁰ Barch DA 5/11423, DA 5/11425, DA 5/11445.

²¹ Siehe Schröder, *Indicators of Material Discontent*, S. 51; siehe z. B. auch Barch DA 5/9027, DA 5/9475, DA 5/10154; DA 5/11425, DA 5/11445.

²² Siehe z. B. Barch DA 1/15930, DA 1/17298, DA 1/17301, DA 5/10154, DA 5/9028, DA 5/9475.

²³ Barch DA 5/11044; 11050; 11069; 11088; 11107; 11419; 11421; 11423; 11425; 11445.

weitgehend blieben, nahmen Schreiben zu Versorgungsschwierigkeiten zum Ende der achtziger Jahre hin stark zu (siehe Grafiken 2 und 3).²⁴

Informationen über erhaltene Schreiben sowie Eingabenanalysen zentraler und örtlicher Partei- und Staatsorgane bestätigten seit Mitte der siebziger Jahre immer deutlicher einen mehr oder weniger starken Anstieg der Unzufriedenheit der DDR-Bürger mit der Versorgungslage im Land. Argumente der Einsender der Beschwerden waren dabei nicht nur der Mangel an Waren selbst, sondern vor allem auch die daraus entstehenden Probleme.

„Verstärkt kritisieren Bürger aufgetretene Sortimentslücken in der Versorgung mit Konsumgütern. Die Einsender schildern, daß die Suche nach dringend benötigten Waren nicht nur einen großen Teil der Freizeit beanspruche, sondern auch zur Verletzung der Arbeitszeit führe.“²⁵

Dieser Bericht wies auf die noch heute belächelte Gewohnheit vieler DDR-Bürger, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen, hin. Daß diese Gewohnheit nicht immer aus tatsächlichen Versorgungs-engpässen nach dem Ende der Dienstzeit resultierte, ist bekannt. Dennoch gab es zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten Waren des täglichen Bedarfs oder Lebensmittel nach 15 oder 16 Uhr nicht mehr zu kaufen. Tagsüber waren sie jedoch im Angebot.

„Wiederholt wurde in Bürgereingaben darauf aufmerksam gemacht, während der Arbeitszeit einkaufen gehen zu müssen, um Waren, die nach Arbeitsschluß im Handel nicht mehr erhältlich sind, zu erwerben.“²⁶

Besonders in ländlichen Gebieten, so viele Eingabenberichte, sei laut Einsendern die „Versorgung mit Brot, Fleisch, Milch und Fisch oft nicht bis Ladenschluß gesichert“.²⁷ In der DDR standen zu Ende der achtziger Jahre rund 91% der erwerbstätigen Frauen in einem Arbeitsverhältnis²⁸

²⁴ Siehe Anhang, Grafiken 2 und 3 (Barch DA 5/11044, 11050, 11069, 11088, 11107, 11419, 11421, 11423, 11425, 11445).

²⁵ Information über die Eingabenarbeit im 2. Halbjahr 1979, Sekretariat des Ministerrates an andere zentrale und örtliche Staatsorgane am 4.1.1980, Barch DA 5/10154.

²⁶ Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger vom 25. bis 27. Oktober 1988 in Dessau, Barch DA 1/17301.

²⁷ Information über eingegangene Schreiben im II. Halbjahr 1988 an Erich Honecker im Januar/Februar 1989, SAPMO Barch DY 30/2590, Bl. 26.

²⁸ Vgl. Leonore Ansorg, Renate Hürtgen, *The Myth of Female Emancipation: Contradictions in Women's Lives*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as*

und waren für ihre Einkäufe auf die Zeit nach ihrer Arbeit angewiesen. Trotz propagierter Gleichberechtigung trugen viele dieser Frauen den größten Teil der Verantwortung für Haushalt, Einkauf und Kinder.²⁹ Eine Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) stellte noch im Februar 1982 fest, „daß insbesondere Frauen den Hauptteil der Konsumenten ausmachen“.³⁰ Daher war es besonders für Frauen oftmals notwendig, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen. Eine anonyme Eingabe an Erich Honecker von 1985 kritisierte, daß die Versorgungsmängel private Haushalte mittlerweile immer mehr zu dieser Notlösung zwingen.

„Um die für die Lebensführung notwendigen Lebensmittel an denjenigen Tagen und Stunden, zu denen diese tatsächlich erfahrungsgemäß im Angebot der entsprechenden Läden bzw. [sic!] Kaufhallen sind, einzukaufen, z.B. frisches Brot, Fleisch- und Wurstwaren (auch mal ein Stück fetten Speck, Fleisch für Rouladen, H-Milch, Diabetesgebäck) müssen sie von ihrer Arbeit weglaufen und einkaufen gehen.“

Der Grund dafür:

„Wenn sie erst nach Dienstschluß gegen 17 oder 18 Uhr gingen, zucken die Verkaufskräfte nur mit den Schultern und sagen, sie hätten ja eine bestimmte Menge für den Späteeinkauf zurückgehalten, es sei heute aber eben alles alle. Morgen oder übermorgen ist es nicht anders.“

Dies stieß nicht immer auf das Verständnis aller Kollegen, dennoch erkannten die meisten DDR-Bürger die Probleme, die hinter diesem Verhalten standen. Außerdem war Einkaufen während der Dienstzeit in vielen Betrieben durchaus nichts Ungewöhnliches – wurde es doch auch von Vorgesetzten praktiziert.

„Es hat sich aber auch in ihren [d.h. von Bekannten des oder der Schreibers(in), C.S.] Betrieben eingebürgert, während der Arbeits-

experience: towards a socio-cultural history of the GDR, New York 1999, S. 163-76, hier S. 164.

²⁹ „Younger women especially complained about the problems of trying to coordinate the demands of work and family, and they pointed to problems in shopping for their families.“ Ansorg, Hürtgen, *The Myth of Female Emancipation*, S. 172f.; vgl. auch Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur: Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*, Bonn 1998, S. 175f.

³⁰ Demografische und sozialstatistische Daten – Erkenntnisse – Probleme – im Überblick, ZIJ, Februar 1982, Barch DC 4/207.

zeit vom Arbeitsplatz wegzulaufen, um für die Familie notwendige Einkäufe zu machen, weil sie sonst keine entsprechenden Waren in den Kaufhallen mehr vorfinden. Ihre Vorgesetzten bzw. [sic!] Leiter verfahren nicht anders, höchstens daß sie bei solchen Einkäufen den Dienstwagen benutzen und danach ‚wegen dringender Besprechungen usw.‘ nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, sondern gleich nach Hause fahren.“³¹

Das Objekt der Beschwerde dieser Eingabe ist kein Einzelfall. Viele der Schreiber ähnlicher Eingaben wiesen kritisch darauf hin, daß diese Einkäufe ja wiederum Fehlzeiten und somit Verzögerungen verursachten und folglich ein grundsätzliches Problem der DDR-Wirtschaft darstellten. Einerseits Indikator bestehender Versorgungsschwierigkeiten, konnte das Einkäufen während der Arbeitszeit gleichzeitig auch zum Verursacher wirtschaftlicher Probleme werden. So kritisiert auch das oben bereits zitierte Schreiben: „Zum Sieg der Losung ‚Privat geht vor Katastrophe‘ auf der ganzen Linie: Einkäufe für den eigenen Haushalt, die während der Arbeitszeit durchgeführt werden, verringern die Leistungszeit.“³²

Ein großer Teil der Eingaben kritisierte ein anderes, viel offensichtlicheres Problem: den Wahrheitsgehalt der Berichterstattung in den DDR-Medien. „In der Zeitung steht, daß die Pläne erfüllt werden, warum bekommen wir nichts?“³³ Die Art und Weise, in der in Presse und Fernsehen über die Erfolge der SED-Sozial- und Konsumpolitik berichtet wurde, stieß im Verlauf der achtziger Jahre auf immer wütendere Kritik. Besonders im Bezug auf die Versorgung mit Konsumgütern, Wohnungen und Dienstleistungen wurden die Erfolgsberichte im Alltag der meisten DDR-Bürger durch lange Wartezeiten, leere Regale, Schlangen oder zu hohe Preise in Delikat- und Exquisit-

³¹ Betr.: „Arbeitszeit ist Leistungszeit“ und „Zum Wahrheitsgehalt der Berichterstattung, anonyme Eingabe an Honecker vom 21.5.1985, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41852.

³² Ebenda.

³³ Schriftliche Kundenäußerung in einem Kunden-Buch, Lageeinschätzung zum Angebot und dem Umschlagverhalten von Jugendmodeerzeugnissen sowie Kundenmeinungen am 23.3.1987, Manfred Merkel an Jarowinsky am 10.4.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 35464/1.

Geschäften³⁴ widerlegt und erschienen vielen unerträglich verlogen. Auch dazu äußerte sich der oder die Einsender(in) dieser Eingabe.

„Ungeachtet dieser Tatsachen hört und liest man immer wieder Darlegungen von Partei- und staatlichen Instanzen, daß stets ein volles Angebot im Grundnahrungsmitteln gesichert sei, und zwar für die gesamte Ladenöffnungszeit. Wie steht es jedoch in Wirklichkeit damit?“³⁵

Die regelmäßig gefeierten hohen Erfolge der DDR-Wirtschaft wurden zunehmend ironisch aufgenommen und erbarmungslos mit den realen Alltagsbedingungen verglichen. Besonders für DDR-Bürger in solchen Berufen, die Einblicke in den industriellen Alltag gewährten, wurde die wirtschaftliche Erfolgspropaganda der SED immer unglaubwürdiger. Die Genossen der Abteilungsparteiorganisation (APO) „Karl Liebknecht“ des VEB Maschinenbau Stendal formulierten dies in ihrer Eingabe aus dem Dezember 1988 kurz und knapp: „Wenn auch die stets in den Medien veröffentlichten Wachstumsraten beeindruckend sind, sie korrespondieren nicht mit dem täglich erlebten [sic!] und werden damit unglaubwürdig.“³⁶

Auch zahlreiche andere Eingaben zielten immer deutlicher auf den deprimierenden Kontrast zwischen dem, was es laut Medien und dem, was es in Kaufhallen und Geschäften tatsächlich gab. 1988 charakterisierte der Bericht Gerhard Briksas über die im Vorjahr eingetroffenen Eingaben beinahe schonungslos dieses Problem:

„Dabei wurden in besonderem Maße, ausgehend von den Beschlüssen von Partei und Regierung sowie den Informationen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen über die erfolgreiche Plandurchführung in der Volkswirtschaft, die großen Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der Verbesserung des Warenangebotes zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber führten permanente Rückstände beim Vertragsabschluß und bei der Vertragsrealisierung zur Diskontinuität in der Warenbereitstellung durch die Konsum-

³⁴ Näheres zu diesen Spezial-Geschäften auf Seite 22 dieses Beitrags.

³⁵ Betr.: „Arbeitszeit ist Leistungszeit“ und „Zum Wahrheitsgehalt der Berichterstattung“, anonyme Eingabe an Honecker vom 21.5.1985, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41852.

³⁶ Eingabe der Genossen der APO „Karl Liebknecht“ des VEB Maschinenbau Stendal an das ZK der SED vom 27.12.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41850.

güterindustrie und beeinträchtigten damit das Angebot im Einzelhandel.

Diese, insbesondere bei gefragten Industriewaren wie Bekleidungs-erzeugnissen und hochwertigen technischen Konsumgütern, auftretende Diskrepanz, war Ursache dafür, daß die Bürger vor allem im 2. Halbjahr die Versorgungslage kritisierten.³⁷

Doch nicht allein die geschminkten Erfolgsmeldungen in der Presse, sondern auch die Diskrepanz zwischen der offiziell propagierten Politik und dem, was tatsächlich geschah, verärgerte viele DDR-Bürger. In einem Bericht über die 1986 an den Staatsrat gerichteten Eingaben hieß es:

„Nicht selten zogen Einsender Vergleiche zwischen den Parteibeschlüssen, dem sozialpolitischen Programm und ihren oftmals längere Zeit ungelösten persönlichen Anliegen und äußerten darüber ihre Unzufriedenheit. Das zeigte sich auch in den gegenüber den Vorjahren erheblich angestiegenen Kritiken an der Arbeitsweise und an Entscheidungen von Staats- und Wirtschaftsorganen, die sich nicht immer als berechtigt erwiesen.“³⁸

Junge Mütter beschwerten sich über die Widersprüche zwischen sozialpolitischen Zielstellungen der Partei und Realität im Hinblick auf nur schwer erhältliche Kinderbekleidung – Funktionsschwächen in der sozialistischen Planwirtschaft. Zwei Frauen schrieben:

„Da wir ein kinderfreundlicher Staat sind und durch die großzügigen sozialpolitischen Maßnahmen unserer Regierung die Geburtenzahl steigt, müßte doch auch der Handel darauf reagieren. Leider ist es aber in der letzten Zeit so, daß nicht nur Kinderhosen im Angebot fehlen.“³⁹

„Es kann doch aber nicht sein, daß wir als redlich arbeitende Staatsbürger nicht mal das Normalste, was zur Bekleidung eines Kindes gehört (modisch wage ich in diesem Zusammenhang kaum

³⁷ Bericht über die Schwerpunkte der im Jahre 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Gerhard Briksa an Werner Jarowinsky am 5.2.1988, SAPMO-Barch DY 30/vorl. SED 37988.

³⁸ Bericht über den Hauptinhalt und die Bearbeitungsergebnisse der an den Staatsrat gerichteten Eingaben der Bürger im Jahre 1986 vom 20.1.1987, Barch DA 5/11421.

³⁹ Eingabe von Frau L. R. aus Blumenau, Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im III. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Gerhard Briksa an Werner Jarowinsky am 26.10.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

mehr zu verlangen), ohne große Nervereien erhalten können. Das kann nur im krassen Widerspruch zur sonstigen Familienpolitik unseres Staates stehen.“⁴⁰

Ein leuchtendes Beispiel für die verkündete, aber nicht realisierte, Politik der sozialen Gleichheit aller DDR-Bürger war die materielle Bevorzugung der Hauptstadt der DDR, Berlin. Den Einwohnern aller Bezirke schon immer ein Dorn im Auge, wurden Berlin und die Berliner zunehmend die Objekte wütender Kritik in den Eingaben. Dabei ging es um die dortige bessere Versorgung mit Obst und Gemüse und anderen Lebensmitteln, um das reichhaltigere und stabilere Angebot an Konsumgütern, um größere Sauberkeit in den Straßen, um die bessere Wohnungssituation und um die Lücken, welche die ständig nach Berlin abgezogenen Bauarbeiter in den Bezirken hinterließen. So beschwerten sich viele Bürger in den verschiedensten Situationen über die ihrer Meinung nach ungerechtfertigte Bevorzugung Berlins.

„Am Freitag, den 5.6.1987 [sic!], stellte ich mich dort [in Eisenach, C.S.] um 14.30 Uhr (Öffnung der Kaufhalle) nach Gurken und den ersten Tomaten an. Bereits um 14.50 Uhr war alles ausverkauft und ich ging leer aus. Es konnte ganze 20 Minuten, bei einer Zuteilung von 2 Gurken und 1 Tüte Tomaten pro Person, versorgt werden. ... Mit diesem Versorgungsniveau bin ich nicht länger einverstanden. Ich habe mir sagen lassen, daß die Versorgung Berlin [sic!] mit frischem Obst und Gemüse wesentlich besser ist und möchte die Ursachen für diesen Niveauunterschied wissen. Oder besteht ein Unterschied zwischen dem Bedarf eines Berliners und dem eines ‚Provinzlers‘?“⁴¹

Die Lieferung von 10.000 Pkw der Firma Mazda an die DDR, die Honecker auf seiner Japan-Reise 1981 ausgehandelt hatte, wurde – wie schon bei anderen westlichen Automarken wie Citroën in vorhergehenden Jahren – von vornherein für den Verkauf in Berlin festgelegt. Den Ärger, den diese Entscheidungen auslösten, wollten viele Bürger nicht mehr für sich behalten. Die Kritiker leiteten ihre Ansprüche hierbei

⁴⁰ Eingabe von Frau I. K. aus Berlin, ebenda.

⁴¹ Auszug aus der Eingabe von Frau M. L. aus Eisenach, Bericht über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im II. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 20.7.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 37988.

– wie in vielen Eingaben – aus den offiziellen Leitlinien der SED-Politik ab.

„Es ist uns unfassbar, daß auch dieser Pkw wiederum nur für Berliner verkauft werden soll, schließlich besteht unsere Deutsche Demokratische Republik nicht nur aus Berlin und es können schließlich auch nicht alle Bürger der Republik in Berlin wohnen. Wir fragen uns deshalb, wo hier die Gerechtigkeit bleibt?“⁴²

„Da laut Verfassung vor dem Gesetz alle gleich sind, einschließlich der Bürger Berlins, kann ich diese Handelspraktiken des IFA-Vertriebes weder billigen noch verstehen. Ich glaube nicht, Genosse Honecker, daß Sie diese Mißwirtschaft dulden, die uns in der Provinz praktisch auf diesem Gebiet zu Menschen 2. Klasse macht.“⁴³

„Ich kann mich mit dieser Regelung jedenfalls nicht einverstanden erklären, denn entsprechend unserer sozialistischen Lebensweise – jeder nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähig- und Fertigkeiten – bin ich der Ansicht, daß die Bedürfnisbefriedigung in Berlin erheblich weiter vorangeschritten ist als in den anderen Bezirken der DDR. Es bedarf jedoch sicher keiner Diskussionen, daß auch alle anderen Bürger unserer Republik dieselben Fähig- und Fertigkeiten entwickeln und Initiative bei ihrer Arbeit zeigen.“⁴⁴

Das grundsätzliche Dilemma, in dem sich die SED befand, wird in Zuschriften deutlich, in denen Genossen selbst erklären, daß ihnen langsam die Argumente für die „Überzeugungsarbeit“ oder zur Verteidigung der materiellen Situation in der DDR ausgehen. Im Verlaufe der achtziger Jahre mehrten sich diese Zuschriften. Obwohl nicht als „Messer- und Gabelsache“ (Rosa Luxemburg) intendiert und wirtschaftspolitisch auch nicht dazu in der Lage, mußte sich der Sozialismus im Fall der DDR sehr wohl materiell – also konsumpolitisch – bewähren. Einerseits konnte ein direkter Vergleich zum westlichen deutschen Nachbarn beim besten Willen nicht vermieden werden. Andererseits bedarf eine nicht demokratisch legitimierte Herrschaft dringend materieller Stützen. Und diese schienen in der DDR immer

⁴² Auszug aus der Eingabe von Frau K. G. aus Crimmitschau vom 24.8.1981, Information über Eingaben zum Verkauf von Pkw „Mazda“ vom 21.10.1981, Barch DA 5/11067.

⁴³ Auszug aus der Eingabe von Herrn H. W. aus Weißenborn vom 2.9.1981, ebenda.

⁴⁴ Auszug aus der Eingabe von Frau S. L. aus Zepernick vom 4.9.1981, ebenda.

instabiler zu werden. Die bereits zitierte Eingabe der Genossen aus dem VEB Maschinenbau Stendal manifestierte dieses Problem:

„Seit Jahren beschäftigt uns in unserer Parteiarbeit das Problem der Versorgung in unserer Stadt Stendal durch den Handel in zunehmendem Maße. Uns ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Bedarfsartikeln auch im Republikmaßstab im Angebot fehlen oder nur sehr schwer zu bekommen sind. ... Wir sind ... weit davon entfernt, den Sozialismus aus der Sicht des Ladentisches zu bewerten ... In Anbetracht, der anhaltenden, oft wechselnden Probleme, deren Zustandekommen teilweise immer unverständlicher wird, fällt es uns oft außerordentlich schwer, überzeugende Argumente zu finden, um all diese Dinge zu erklären und unsere Bürger von der Attraktivität des Sozialismus zu überzeugen. Besonders, wenn es darum geht, die von ihm täglich erlebte Realität mit den Veröffentlichungen der Massenmedien zu vergleichen, reagiert der Bürger entsprechend.“⁴⁵

III. *Schwerpunkte der „Meckerei“*

Schlechte Qualität, zu hohe Preise, einförmiges Design, leere Läden, hartes oder gar verschimmeltertes Brot zum Wochenende, mehrere notwendige Reparaturen an neu und teuer erworbenen technischen Geräten innerhalb des ersten Jahres, ganze Produktionsreihen von Stereorecordern mit Funktionsstörungen, unappetitliche Schul-speisung und vieles mehr waren immer wieder Anlaß zu Ärger und Unmut in der Bevölkerung.

Es gab jedoch Schwerpunkte in den Kritiken. An erster Stelle stand hierbei natürlich auch in der DDR des Deutschen Liebling – das Auto. Beziehungsweise die Sehnsucht nach dem selben. Der Großteil aller Eingaben zu Handels- und Versorgungsproblemen galt Jahr für Jahr den zu langen Kauf- und Lieferfristen von Pkw bzw. dem chronischen Mangel an Pkw-Ersatzteilen.

Ebenfalls einer der wichtigsten Kritikpunkte der Eingaben waren die langen Wartezeiten für die Einrichtung eines Telefonanschlusses. Viele

⁴⁵ Eingabe der Genossen der APO „Karl Liebkecht“ des VEB Maschinenbau Stendal an das ZK der SED vom 27.12.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41850.

Leute, die bereits 10 und mehr Jahre seit ihrer Antragstellung gewartet hatten, griffen zur Eingabe als „letztes Mittel“, um gegen die Ablehnung ihres Antrages nach so langer Wartezeit zu demonstrieren. Da die Einrichtung von Fernsprechan schlüssen meist an infrastrukturellen Hindernissen scheiterte, halfen diese Eingaben ihren Verfassern nur selten weiter. Dennoch bestätigte eine Information aus dem Jahr 1989 die Eingaben, die zu diesem Problem an den Staatsrat gerichtet wurden:

„Zunehmend richtet sich die Kritik von Bürgern gegen die von den Dienststellen der Deutschen Post verwandten Argumentationen. Dabei wird mit Nachdruck auf die erreichten Fortschritte in Wissenschaft und Technik verwiesen. Nicht selten wird betont, daß entweder die Begründung für die Ablehnung durch die Deutsche Post nicht stimme oder die Presseveröffentlichungen über die Erfüllung und Überbietung der Planaufgaben und großen Leistungen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet nicht zuträfen.“⁴⁶

Ein besonders empfindlicher Bereich war die Mode.⁴⁷ Daß es modische Kleidung – wenn überhaupt – nur zu übersteuerten Preisen in den Exquisit-Geschäften oder für westliche Währung in den Intershops gab, wurde nach 30 Jahren DDR nahezu akzeptiert. Auf besonderes Unverständnis stießen jedoch jene Entscheidungen, die sich aus der Scheinlogik der Planerfüllung ergaben: Pullover, die trotz vorhersehbarer Materialknappheit in der vom Plan vorgeschriebenen Stückzahl angefertigt wurden, so daß die Größen weit von der Norm entfernt waren und keiner Kundin passten, oder altmodische und langweilige Kleidung, die massenhaft produziert wurde, obwohl niemand sie kaufte. Dazu zwei Kundinnen: „Wenn ich die vollen Kleidungsstände sehe, so frage ich mich, ob unsere Modeschöpfer und Produzenten diese Fragmente wohl tragen.“⁴⁸ „Wie kann es sich ein rohstoffarmes Land wie die DDR erlauben, Erzeugnisse zu produzieren, die von vornherein zu Laden-

⁴⁶ Information über Inhalt und Argumentation in Eingaben zu Einrichtung von Fernsprechan schlüssen, Gundlach an Honecker am 18.10.1989, Barch DA 5/11447.

⁴⁷ Vgl. Renate Stauss, *No Revolution in the Wardrobe: Fashion in the Former German Democratic Republic*, unveröffentl. BA-Dissertation, Central Saint Martins in the Fields College of Art and Design London 2000.

⁴⁸ Kundenbucheintragung von Frau C. M. aus Karl-Marx-Stadt, Bericht über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im I. Quartal 1988 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.04.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38621/2.

hüttern verurteilt sind. Kommen entsprechende Artikel aus Importen, sind diese im Nu vergriffen.“⁴⁹

Für Jugendliche waren Mode und Trends natürlich von besonderer Bedeutung. Jeans- und Popelinehosen, Anoraks und Sweatshirts gehörten zu den allgemeinen Favoriten, die jedoch viel zu wenig im Angebot waren.⁵⁰ Grundsätzlich galt der Ausstattung der Jugendmode-Geschäfte mit attraktiven Angeboten die höchste Aufmerksamkeit der SED-Führung, wie Aufzeichnungen und Reporte von und an Egon Krenz, den zuständigen ZK-Sekretär für Jugend, zeigen.⁵¹ Dennoch war die Jugendmode in der DDR weder modisch noch ausreichend im Angebot; sie war weder so recht erschwinglich noch besaßen die Materialien (besonders Stoffe) eine gute Qualität. Renate Stauss zeigt in ihrer Arbeit über Mode in der DDR, daß die der westlichen Standardjeans nachempfundene DDR-Jeans beispielsweise nur 300 gr. Baumwolle pro Quadratmeter aufwies, während das Original 500 gr. enthielt.⁵² Nur 50% des notwendigen Materialanteils wiesen in der DDR produzierte Cordhosen und -jacken auf.⁵³ Maßstab allen Glücks waren westliche Trends, und dies, wie das ZIJ schon 1979 feststellte, in zunehmendem Maße, wenn sich das Angebot in der DDR nicht verbessern würde.

„Einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Geschmacksbildung in Modefragen haben Beatgruppen und Schlagersänger, darunter auch solche aus der BRD und anderen kapitalistischen Ländern. Bestimmte Unzufriedenheiten Jugendlicher mit unserem eigenen Modeangebot können eine Orientierung an westlichen Modetrends und damit auch an der bürgerlichen Lebensweise begünstigen.“⁵⁴

Es bleibt die Frage, ob nicht die Orientierung der Jugendlichen an westlichen Trends ihre Unzufriedenheit mit der DDR-Mode verursachte, die diesen Ansprüchen nie gerecht werden konnte. Anhand von DDR-Studien über den deutsch-deutschen Paket- und Postverkehr zeigt

⁴⁹ Kundenbucheintragung von Herrn A. D. aus Obercunnersdorf, ebenda.

⁵⁰ Information über die gemeinsame Beratung zur Entwicklung, Produktion und dem Verkauf von Erzeugnissen der Jugendmode am 19. März 1985, SAPMO Barch DY 30/IV 2/2.039/267.

⁵¹ Siehe ebenda.

⁵² Vgl. Stauss, *No Revolution in the Wardrobe*, S. 19.

⁵³ Bericht über den Hauptinhalt der an den Staatsrat gerichteten Eingaben im Jahre 1980, Barch DA 5/11387.

⁵⁴ Neue Ergebnisse der Jugendforschung, Leipzig, November 1979, Barch DC 4/205.

Annette Kaminsky, daß „selbst die abgelegten Bekleidungsstücke aus dem Westen ... noch einen höheren Prestigewert als Neuwertiges aus DDR-Fabrikation“ hatten.⁵⁵

1985 war der Anteil von Importen in der Jugendmode bereits auf nahezu 50% angestiegen, doch der Bedarf an modischen und gefragten Bekleidungserzeugnissen konnte „nach wie vor nicht gedeckt werden“.⁵⁶ Dementsprechend fiel auch eine Studie des ZIJ von 1986 über das Modebewußtsein und die Zufriedenheit DDR-Jugendlicher mit der „Jugendmode“ aus: „Gegenwärtig sind noch mehr als 50% der Jugendlichen mit dem Angebot wenig bzw. überhaupt nicht zufrieden. Mit den Preisen in den Jugendmodeeinrichtungen sind mehr als 60% der Jugendlichen gegenwärtig wenig bzw. überhaupt nicht zufrieden.“⁵⁷

Nicht nur Jugendliche waren frustriert über das mangelhafte und noch dazu oft unmoderne Angebot an Bekleidungsartikeln. Strickjacken, Socken, Unterwäsche, Schuhe, Hosen, Blusen etc. waren ständige Mangelware und brachten viele Bürger dazu, eine Eingabe zu schreiben in der Hoffnung, materielle Unterstützung in diesem Problem zumindest auf individueller Ebene zu bekommen.

Neben Bekleidung und Textilien war auch der ständige Mangel an frischem Obst und Gemüse sowie an entsprechenden Konserven und Säften Hauptthema vieler Eingaben. So schrieben erboste Kunden beispielsweise 1987 an das Ministerium für Handel und Versorgung (MHV):

„In diesem Jahr erlebe ich die schlechteste Obst- und Gemüseversorgung in Karl-Marx-Stadt seit Anfang der 60er Jahre. ... Soll in Bezug auf Importe von Südfrüchten und anderen Obst- und Gemüsearten das Jahr 1987 zum Maßstab für die Zukunft werden? In diesem Falle müßten neue Verteilungsformen entwickelt werden, damit von dem Minimalangebot jeder einen angemessenen Teil erhält. Die derzeitige Praxis des stundenweisen Verkaufs vormittags oder in den frühen Nachmittagsstunden an unterschiedlichen Orten führt einerseits zu langen Schlangen vor Verkaufseinrichtungen, ohne daß Ware vorhanden ist ... Anderer-

⁵⁵ Annette Kaminsky, Wohlstand, Schönheit, Glück: Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, S. 129.

⁵⁶ Information über die gemeinsame Beratung zur Entwicklung, Produktion und dem Verkauf von Erzeugnissen der Jugendmode am 19. März 1985, SAPMO Barch DY 30/IV 2/2.039/267.

⁵⁷ Halbjahresbericht I./1986, Leipzig, Juni 1986, Barch DC 4/232.

seits erhalten Werktätige, die erst nach 16.00 einkaufen gehen können, nichts mehr. Die Verärgerung der Kunden ist entsprechend groß.“⁵⁸

„Es handelt sich ... um die permanenten Unzulänglichkeiten bei der Versorgung mit Obst und Gemüse. Obwohl die Menschen in der Oberlausitz in den letzten Jahren noch nie mit derartigen Artikeln verwöhnt wurden, ist nunmehr ein Zustand eingetreten, der mit sozialistischer Lebensweise nichts mehr gemein hat. ... Wenn die sozialistischen Errungenschaften nicht für jeden Menschen erlebbar gestaltet werden und gleichzeitig durch für uns ungerechtfertigte Niveauunterschiede bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zugelassen werden, leidet darunter garantiert auch der Wille und die Überzeugung der Menschen, ständig höhere Leistungen bei der täglichen Arbeit zu erbringen.“⁵⁹

Der Mangel an Südfrüchten wie Bananen und Apfelsinen in der DDR-Verkaufskultur hat vor 1989 viel Ärger und Wut und nach 1989 viel Ironie provoziert.⁶⁰ Sicher hing nicht alles Glück der DDR-Bürger vom Genuß von Bananen ab, und natürlich wurde die Entbehrung derselben von vielen Ostdeutschen nach der ‚Wende‘ übertrieben und hochgespielt. Dennoch hat Jeffrey Kopstein recht, wenn er auf die besondere Bedeutung der Bananen im System der DDR hinweist. In einem Land, so Kopstein, in dem man so viel Brot kaufen konnte, wie man wollte, aber mehr als zehn Jahre auf ein Auto und mehr als 15 auf einen Telefonanschluß warten mußte, konnten die so sehr vermißten Südfrüchte eine wichtige Rolle einnehmen.⁶¹ Außerdem folgten auch viele DDR-Bürger – soweit es ihnen möglich war – dem internationalen, in den 60er/70er Jahren einsetzenden Trend zu gesünderer, vitaminreicher Ernährung.

Ina Merkel bemerkt in ihrer Konsumgeschichte der DDR, daß sich die Unzufriedenheit mit dem Obst- und Gemüseangebot im wesent-

⁵⁸ Eingabe von Frau M. R. aus Karl-Marx-Stadt, Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im III. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.10.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

⁵⁹ Eingabe von Herrn U. F. aus Ebersbach, ebenda.

⁶⁰ Hier sei nur auf die Titelseite der Nr. 11/89 des Satiremagazins Titanic, die das Foto einer jungen Frau mit einer halbgeschälten Gurke in der Hand mit dem Text „Zonen-Gaby ... im Glück ...: Meine erste Banane!“ präsentierte, verwiesen.

⁶¹ Vgl. Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945-89*, University of North Carolina 1997, S. 192.

lichen auf Südfrüchte konzentrierte. Dies sei aber, so Merkel, „weniger dem mangelhaften Angebot an Vitaminen als lebensnotwendiger Bestandteil der Ernährung geschuldet“ gewesen als dem Verlangen, an der „westliche[n] Verfügbarkeit des Reichtums der ganzen Welt“ teilzuhaben.⁶² Ich würde dem entgegensetzen, daß viele Einsender von Eingaben sehr wohl den Mangel an vitaminreicher Kost in ostdeutschen Geschäften beklagten und in diesem Zusammenhang klar und deutlich ein breiteres Obst- und Gemüseangebot – und nicht nur Südfrüchte – forderten. Bereits in den siebziger Jahren ging die folgende Eingabe beim MHV ein:

„Wir befinden uns mitten in der Erntezeit für Kirschen und Erdbeeren, trotzdem gibt es nicht eine einzige davon zu kaufen. In der Zeitung lesen wir jeden Tag von Erfolgen und Fortschritten auf allen Gebieten ... Gehe ich aber jetzt zur Erntezeit in den Laden und bekomme für mein schwer verdientes Geld nicht mal eine Kirsche oder Erdbeere zu kaufen, dann sage ich mir: es ist doch alles sinnlos, wenn die Tatsachen alles widerlegen, was gesagt und geschrieben wird.

Ob der Sozialismus gut ist oder nicht, das zeigt sich auch mit daran, was ich mir für mein Geld kaufen kann. Nur Schnaps und Zigaretten gibt es in jeder Menge und Auswahl! Warum???“⁶³

Auch der Mangel an Obstsaften führte zu wiederholter Kritik mit durchaus gesundheitsbewußtem Hintergrund:

„In Moskauer Weinhandlungen gibt es keinen Alkohol aber gute Säfte. Bei uns stehen die Geschäfte voller Alkohol!!!

Früher gab es naturreinen Traubensaft (nicht nur Saftwasser aus Abfalltrauben). Naturreiner Traubensaft ist ein köstliches, allen gut bekömmliches, gesundheitsförderndes Getränk, das auch Kraftfahrern die Fahrtüchtigkeit verbessert. Sicher wäre das ein Plus für das Gesundheitswesen und für die Verkehrssicherheit.“⁶⁴

Ein Vater, der seiner an chronischer Bronchitis erkrankten dreijährigen Tochter im Winter 1984/85 nicht eine einzige genießbare Apfelsine oder

⁶² Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis: Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 87.

⁶³ Eingabe von Herrn K. W. aus Thossfell/Vogtland, Kurzinformation über Probleme aus Eingaben der Bürger an das Ministerium für Handel und Versorgung – Juli 1973, Berlin, 6.8.1973, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 16949.

⁶⁴ Eingabe einer Bürgerin aus Ringenhain/Dresden vom 16.2.88, Barch DA 5/11449.

Banane kaufen konnte, wandte sich empört an Erich Honecker. Eine Apfelsine habe seine Frau erstehen können, aber die sei so „trocken und ungenießbar“ gewesen, daß sie beim besten Willen nicht hätte verzehrt werden können. In seiner Wut und um den Staatsratsvorsitzenden von der Qualität des Obstangebots in kleineren Städten zu überzeugen, legte der enttäuschte Vater dem Schreiben an Honecker die Hälfte der vertrockneten Orange bei.⁶⁵

Diese Eingabe zeigt, daß Wut, Enttäuschung und Kritik oftmals nahezu komische Formen annehmen konnten. Witz und Komik halfen oft, unangenehme oder belastende Situationen leichter zu nehmen und zu ertragen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß gerade die Versorgungssituation in der DDR eines der Hauptthemen der vielfältigen Witze war, die bei jeder Gelegenheit immer wieder gern erzählt wurden. Nahezu jeder DDR-Bürger kannte den Witz mit der Kundin, die nach dem Kaufhaus „PRINZIP“ sucht, in dem es angeblich alles gibt, oder den, in dem ein Mann sogar die Uhrzeit wissen möchte, zu der sein heißersehnter Trabant im Juli in drei Jahren endlich kommen soll, weil sich die Klempner für denselben Tag angesagt haben.⁶⁶ Sigmund Freuds berühmte Erklärung, daß wir, indem wir den Gegner im Witz lächerlich und klein machen, dies fast wie einen Sieg über ihn genießen,⁶⁷ könnte für die Alltagskultur der DDR um den „Beschwerde-Faktor“ ergänzt werden. In den Eingaben rechneten viele Bürger mit bestehenden Mißständen, Mängeln und Problemen ab und errangen dabei für den Moment des Schreibens oftmals einen kleinen, privaten Sieg über die „Herrschenden“. In einem Ton, den anzuschlagen man sich öffentlich oder mündlich wohl nicht gewagt hätte, wurden die scheinbar Verantwortlichen regelrecht gemäßregelt und zur Rede gestellt. Der Ton dieser Kritiken wurde im Verlauf der achtziger Jahre deutlich mutiger und schärfer.

„Ich halte es einfach für unzumutbar, den ganzen Tag arbeiten zu müssen und danach nicht einmal seine Familie abwechslungsreich versorgen zu können. Bitte erklären Sie mir, welche Ursachen diese katastrophale Obst- und Gemüseversorgung hat. An fehlenden

⁶⁵ Eingabe von Herrn R. H. aus Milbitz vom 1.12.1984, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 35457.

⁶⁶ Vgl. Schröder, Indicators of Material Discontent.

⁶⁷ Vgl. Sigmund Freud, Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten, Frankfurt/Main 1958.

Devisen kann es wohl kaum liegen, denn sonst hätte man, so hoffe ich jedenfalls, nicht solche großen Summen ausgegeben, um das 750jährige Bestehen Berlins zu feiern.“⁶⁸

Auch wenn einzelne Eingaben bereits den Eindruck immer harscher werdender Kritiken vermitteln, können Auszüge aus den Eingabenberichten, die von den jeweils zuständigen Organen erstellt wurden, am besten zeigen, wie auf Staats- und Regierungsebene die Entwicklung der Unzufriedenheit angesichts der Eingaben wahrgenommen wurde.

IV. Der Anstieg der Unzufriedenheit

Die jährlichen Berichte der Abteilung Eingaben des Staatsrats der DDR und anderer Organe lesen sich ab 1983/84 sehr spannend. Abgesehen von einem leichten Rückgang der Schreiben im Jahr 1985, setzte sich die steigende Tendenz der Eingaben an den Staatsrat fort und erreichte ihren Höhepunkt 1988 (siehe Grafik 1).⁶⁹ Mehrere Veränderungen in der Arbeits- und Zählweise der Abteilung erschweren jedoch eine korrekte statistische Darstellung der Anzahl der Eingaben durch das Jahrzehnt hindurch. Oft wurden – wohl um die Gesamtzahl der Eingaben kleiner und unauffälliger erscheinen zu lassen – einzelne Sachgebiete, wie z.B. „Reiseverkehr“ oder „Inneres“, plötzlich umbenannt oder Teile von ihnen mit anderen Sachgebieten zusammengelegt. Für die Jahre 1986 und 1987 finden sich zum Beispiel keine Zahlen für die Eingaben zu abgelehnten Ausreisearträgen in den jährlichen Statistiken.⁷⁰ Somit ist die Gesamtentwicklung manchmal etwas schwer nachvollziehbar, läßt sich jedoch meist durch Beschreibungen in Berichten und Statistiken darauffolgender Jahre rekonstruieren.

Die Aufmerksamkeit der Abteilungen für Eingabenbearbeitung – nicht nur beim Staatsrat – galt jeder Entwicklung der Eingaben und natürlich besonders dem zahlenmäßigen Anstieg derselben. Der Jahreingabenbericht 1986 des Staatsrats sprach von einer alarmierenden Entwicklung. Die „seit 20 Jahren höchste Zahl an Eingaben“ und

⁶⁸ Eingabe von Frau C. L. aus Leipzig, Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im III. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.10.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

⁶⁹ Siehe Anhang, Grafik 1.

⁷⁰ Vgl. Barch DA 5/11423, DA 5/11421.

„gleichfalls die bisher höchste Besucherzahl“ der Öffentlichen Sprechstunde des Vorsitzenden des Staatsrats beunruhigten sowohl die Verfasser als auch die Adressaten des Berichts.⁷¹ Trotz aller Mühen, die aus dieser Besorgnis erwachsen, stieg die Zahl der Eingaben in den darauffolgenden Jahren konstant an. 1988 war sie um mehr als 50% auf 113.822 Schreiben angestiegen. Bei 16,66 Mio Einwohnern im selben Jahr bedeutet dies, daß einer von 146 DDR-Bürgern eine Eingabe an den Staatsrat oder seinen Vorsitzenden geschrieben hat.⁷² 1973 zum Beispiel, zwei Jahre nach Honeckers Machtantritt, waren es nur 40.494 Eingaben gewesen.

Kritik und Unverständnis zu Wohn- und Versorgungsproblemen hat es im Verlauf der DDR-Geschichte immer gegeben. Eingabenberichte aus den sechziger oder siebziger Jahren informierten ebenso wie in den achtziger Jahren über Versorgungslücken bei hochwertigen Industriewaren, Bekleidungserzeugnissen oder Obst und Gemüse. Der Mangel an Kinderbekleidung und Bettwäsche oder die langen Wartezeiten für die eigene Wohnung oder einen Telefonanschluß verärgerten die Bürger nicht erst seit Ende der siebziger Jahre. Dennoch: Neu war der drastische Anstieg der Kritik in sowohl quantitativer als auch qualitativer Hinsicht. In den Jahreseingabenberichten des Staatsrats 1985 und 1987 hieß es:

„In der Argumentation zeichnet sich eine zunehmende Unduldsamkeit ab. Vorwiegend Schichtarbeiter und junge Bürger kritisierten die zu langen Wartezeiten für eine Wohnungsbereitstellung.“⁷³

„In den Eingaben drängten die Bürger nachdrücklicher und ungeduldiger auf die kurzfristige Klärung ihrer Anliegen und kritisierten vielfach Leitungsmängel der örtlichen Räte. ... Forderungen der Bürger nach hohem Wohnkomfort sind weiter gewachsen.“⁷⁴

⁷¹ „Bericht über den Hauptinhalt und die Bearbeitungsergebnisse der an den Staatsrat gerichteten Eingaben der Bürger im Jahre 1986“, Barch DA 5/11421.

⁷² Die sogenannten ‚Zuschriften aus dem Ausland‘ sind in der angegebenen Eingabenzahl bewußt nicht enthalten.

⁷³ „Bericht über den Hauptinhalt und die Bearbeitungsergebnisse der an den Staatsrat gerichteten Eingaben der Bürger im Jahre 1985“, Barch DA 5/11419.

⁷⁴ „Bericht über den Hauptinhalt und die Bearbeitungsergebnisse der an den Staatsrat gerichteten Eingaben der Bürger im Jahre 1987“, Barch DA 5/11423.

Auch der Ministerrat mußte in seinen Eingabenberichten über ähnliche Entwicklungen informieren:

„Sowohl bei den schriftlich vorgetragene als auch den in der öffentlichen Sprechstunde des Ministerrates persönlich unterbreiteten Wünschen auf Zuweisung anderen Wohnraums machten sich Tendenzen zunehmender Unduldsamkeit gegenüber notwendigen Wartezeiten sowie Zweifel an der Objektivität der örtlichen Wohnraumlennungsorgane bemerkbar.“⁷⁵

Die Statistiken wurden von den Abteilungen für Eingabenbearbeitung überall sehr präzise geführt. Die Schreiben wurden nicht nur nach Sachgebieten, sondern auch nach dem Bearbeitungsergebnis, nach sozialer Struktur der Einsender, nach Bezirken und nach Erst- oder Zweitschreiben aufgeschlüsselt. Die Kategorisierung der sozialen Gruppen erfolgte durch die Abteilungen selbst und ist manchmal schwer nachvollziehbar. So wurden Frauen beispielsweise als selbständige soziale Gruppe geführt, während Männer in ihre Berufsgruppen unterteilt wurden. Aus den Statistiken wird jedoch ersichtlich, daß der Anstieg bei einigen sogenannten sozialen Gruppen besonders drastisch verlief, so z.B. bei Frauen, Arbeitern und Angestellten, der Intelligenz und kinderreichen Familien (siehe Grafik 4).⁷⁶ Außerdem wird deutlich, daß nicht nur die Zahl der Eingaben, sondern auch der Anstieg derselben stark von den einzelnen Bezirken abhing. Berlin sowie die Bezirke Dresden, Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt hatten die mit Abstand höchsten Steigerungsraten der Eingaben in den letzten Jahren der Republik (siehe Grafik 5).⁷⁷

Um die Tendenz der Eingabenentwicklung besser übersehen zu können, wurden auch die Wachstums- bzw. Senkungsraten zum Vorjahr oder sogar den Vorjahren angegeben. Betrachtet man im 1988er Bericht des Staatsrats diese Wachstumsrate, so hatten die Eingaben zu Handel und Versorgung die mit Abstand höchste Steigerungsrate zum Vorjahr aufzuweisen: 47,3%.⁷⁸ Dies war in den Vorjahren nicht so eklatant der Fall gewesen.

⁷⁵ Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 18. Februar 1987, Barch DA 1/17297.

⁷⁶ Siehe Anhang, Grafik 4 (Barch DA 5/11044, 11107, 11425).

⁷⁷ Siehe Anhang, Grafik 5 (Barch DA 5/11432, 11433, 11434, 11436).

⁷⁸ Bericht über den Hauptinhalt und die Bearbeitungsergebnisse der an den Staatsrat gerichteten Eingaben der Bürger im Jahre 1988, Barch DA 5/11425.

Noch offensichtlicher wird der Anstieg der Eingaben zur Versorgungslage bei anderen Institutionen. Die Eingaben an das Ministerium für Handel und Versorgung befaßten sich ausschließlich mit Versorgungsproblemen. Der Bericht über die 1987 eingegangenen Schreiben bestätigte die bedrohliche Entwicklung:

„Die seit 1983 anhaltende Tendenz der Zunahme der Eingaben und Eingabenprobleme setzte sich damit fort. Verglichen mit dem Stand von 1983 ist bei den Eingaben eine Erhöhung auf 152% und bei den Eingabenproblemen auf 157% zu verzeichnen.“⁷⁹

Die Zuschriften zu Problemen der „Warenbereitstellung“ machten in den letzten Jahren der Republik den größten Teil der Eingaben an das MHV aus.⁸⁰ Im Klartext heißt das, daß vor allem Anzahl und Qualität hochwertiger Konsumgüter und Industriewaren bemängelt wurden.

„Zugenommen haben solche Eingaben der Bevölkerung, in denen um die Bereitstellung von hochwertigen qualitätsgerechten Konsumgütern, wie Farbfernsehern, Tiefkühlschränken, Kleinkrafträdern, aber auch den tausend kleinen Dingen des Alltags, gebeten wird. Vielfach werden an uns Anträge auf bevorzugte Belieferung mit einem Pkw gestellt.“⁸¹

Schreiben zu Pkw-Anliegen nahmen zu Ende der achtziger Jahre stark zu. Die langen Wartezeiten überstiegen die Geduld der potentiellen Autofahrer.

„Zugenommen haben vor allem Kritiken an den langen Lieferzeiten für Pkw. So beschwerte sich ein Arbeiter aus dem VEB IFA-Automobilwerk Ludwigsfelde darüber, daß er im Jahre 1987 noch nicht erfahren könne, wann seine Bestellung für einen Pkw Lada aus dem Jahre 1970 ausgeliefert wird. In Dresden werden

⁷⁹ Bericht über die Schwerpunkte der im Jahre 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowsky am 5.2.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 37988.

⁸⁰ „Die Übersicht verdeutlicht, daß die Zunahme der im I./88 an das MHV gerichteten Eingaben ausschließlich auf Zuschriften, die sich mit Problemen der Warenbereitstellung befassen, zurückzuführen ist.“ Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im I. Quartal 1988 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowsky am 26.04.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38621/2.

⁸¹ Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 30.9.1987, Barch DA 1/17298.

gegenwärtig die Wartburgbestellungen aus dem Jahre 1972 realisiert.“⁸²

Die generelle, ansteigende Tendenz von Eingaben und Kritiken zu sowohl materiellen als auch politischen Problemen konnte der Partei- und Staatsführung nicht entgehen. Auch, daß dies einer Zunahme der Unzufriedenheit der Bevölkerung gleichkam, konnte nicht kaschiert werden. Die Gefahr, die für die SED von dieser Entwicklung ausging, soll an späterer Stelle dieses Beitrags untersucht werden. Zunächst bleibt zu analysieren, ob der Anstieg der materiellen Unzufriedenheit auch auf einer tatsächlichen Verschlechterung der Versorgungslage beruhte.

V. Die Hintergründe der Unzufriedenheit

Die DDR konnte in den siebziger und achtziger Jahren sowohl den höchsten individuellen Lebensstandard als auch die höchste Konsumtionsrate pro Kopf unter den sozialistischen Staaten aufweisen.⁸³ Es gab, wie Ina Merkel richtig betont, in der DDR ab den sechziger Jahren keinen Hunger und – sieht man von den stark benachteiligten Rentnern ab – keine Armut mehr.⁸⁴ Diese Tatsachen weisen darauf hin, daß andere Faktoren zur wirtschaftlichen Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung beigetragen haben müssen. In seinem Exkurs über mögliche Gründe ökonomischer Unzufriedenheit wendet Peter Voss die Theorie der „relativen“ und „absoluten“ Deprivation an. Demnach basiert „relative“ Deprivation auf der Möglichkeit, den eigenen mit dem Lebensstandard anderer Bürger, die scheinbar ‚besser dran‘ sind, zu vergleichen. „Absolute“ Deprivation dagegen ist das Resultat einer tatsächlichen Verschlechterung der Versorgungslage.⁸⁵

⁸² Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 18. Februar 1987, Barch DA 1/17297.

⁸³ Demografische und sozialstatistische Daten – Erkenntnisse – Probleme – im Überblick, ZIJ, Februar 1982, Barch DC 4/207; vgl. auch Günter Manz, Armut in der „DDR“-Bevölkerung: Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992, S. 14; Peter Marcuse, *Missing Marx: a Personal and Political Journal of a Year in East Germany, 1989-1990*, New York 1991, S. 14; Bradley C. Scharf, *Politics and Change in East Germany: an Evaluation of Socialist Democracy*, Boulder (Colorado) 1984, S. 120.

⁸⁴ Siehe Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 415.

⁸⁵ Siehe Opp, Voss, Gern, *Origins of a Spontaneous Revolution*, S. 49-70; siehe auch Ted R. Gurr, *Why Men Rebel*, Princeton 1970, S. 22ff.

Die Faktoren, die besonders stark zur Herausbildung des ersten Aspekts in der DDR beigetragen haben, waren die offene Sprachgrenze zwischen beiden deutschen Staaten sowie der Umstand, daß westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender in nahezu allen Gebieten der DDR zu empfangen waren. Täglich präsentierten sie die attraktivere der beiden deutschen Konsumkulturen in schillernden Farben. Viele Menschen in der DDR standen außerdem in regelmäßigem Kontakt zu Familienangehörigen oder Freunden, die in der Bundesrepublik lebten, und erlebten den Vergleich zusätzlich durch diese Verbindungen. Diese „Omnipräsenz des Westens“⁸⁶ untergrub per se die Autorität der sozialpolitischen Konsumpolitik der SED. Wohlfahrtsleistungen des Staates wie die konstant niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel oder die hohen Subventionen von Mieten, öffentlichem Nahverkehr sowie Kultur und Bildung wurden schnell als gegeben hingenommen und, mehr noch, als selbstverständlich vorausgesetzt. Was auffiel, waren die Lücken im Sortiment. Und, daß es diese Lücken „im Westen“ nicht gab.

Hinzu kam der Faktor der sozialen Unterscheide, die sich innerhalb der DDR zum Beispiel aus dem Besitz bzw. Nicht-Besitz von DM heraus ergaben und die von vielen Menschen als Ungerechtigkeit empfunden wurden. Ein großer Teil der DDR-Bürger hatte privaten Zugang zur westdeutschen Währung und konnte somit nicht nur westliche Produkte in den Intershops erwerben, sondern sich auch den Weg zu vielerlei raren Gütern oder Dienstleistungen erleichtern. Intershops waren Läden, in denen Waren aus westlicher Produktion oder aus ‚exquisiter‘ DDR-Herstellung ausschließlich gegen westliche Währungen verkauft wurden. Sie waren ursprünglich für Seeleute, dann für Geschäftsleute und Besucher, aus westlichen Ländern eingeführt worden mit dem Ziel, harte Währung abzukassieren. Als DDR-Bürgern 1974 wieder erlaubt wurde, Deutsche Mark zu besitzen, besiegelten die Intershops endgültig die Existenz einer Zwei-Klassen-Gesellschaft von Konsumenten in der DDR.⁸⁷ Ein ähnliches Phänomen demonstriert Mona Rosendahl für die kubanische Gesellschaft. Nachdem Fidel Castro 1993 den privaten Besitz von US-Dollars im Land wieder erlaubt hatte,

⁸⁶ Stefan Wolle, *Der Traum vom Westen: Wahrnehmungen der bundesdeutschen Gesellschaft in der DDR*, in: Konrad Jarausch, Martin Sabrow (Hg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 195-211, hier S. 195.

⁸⁷ Vgl. Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 243-277.

befürchteten viele Kubaner, „daß sie am unteren Ende einer sich nun herausbildenden Klassengesellschaft enden würden“.⁸⁸

Wer nicht über Macht und Mittel westlicher Währungen verfügte, war im Konsumalltag der DDR materiell eindeutig benachteiligt, da auch innerhalb des Landes die eigene Währung schwächer war als die des westdeutschen Nachbarn. Die meisten DDR-Bürger fühlten sich so gesehen zu Recht als Deutsche „zweiter Klasse“.

DDR-Konsumenten unterschieden sich nicht nur durch den Besitz von DM voneinander. Daß auch Beruf, Wohnortlage und -größe sowie finanzielle Verhältnisse die Existenz verschiedener Versorgungsklassen verursachten, entsprach nicht ganz der SED-Propaganda. Dennoch funktionierte Konsum in der DDR im wesentlichen nach einem Prinzip: Beziehungen. Manche Berufsgruppen, wie z.B. Verkäufer, Handwerker oder Ärzte, hatten es aufgrund der ‚Ware‘, die sie zu bieten hatten, leichter, Beziehungen aufzubauen als andere. Diese Ware mußte nicht materieller Natur sein. Alles, was rar und begehrt war, ließ sich gegen andere begehrte Objekte, Dienstleistungen oder Geld eintauschen. Wissenschaftler, Lehrer oder Arbeiter in der Produktion hatten dagegen nichts derartiges zur Verfügung und konnten so nur selten in den Kreislauf der Beziehungen eindringen. Weiterhin sorgte der Wohnort für Vor- oder Nachteile: Wer in Berlin wohnte, konnte viele Dinge öfter und einfacher kaufen als im Rest der Republik. Wohnte man in der Bezirksstadt oder zumindest in einer anderen größeren Stadt, war die Versorgung schlechter als in Berlin, aber auch noch relativ stabil. In Kleinstädten, Dörfern und Gemeinden dagegen sah es meist sehr ungünstig aus. Als würden die ‚Provinzler‘ nicht wirklich zur Republik gehören, wurde die Versorgungspolitik auf dem Lande oft katastrophal vernachlässigt.⁸⁹

Zu guter Letzt entschieden die privaten finanziellen Verhältnisse über die Einkaufsmöglichkeiten. Dies klingt zunächst nicht ungewöhnlich, war jedoch in der sozialistischen Gesellschaft eigentlich verpönt. An erster Stelle waren die Rentner in einer sehr schwierigen Situation, da

⁸⁸ Mona Rosendahl, *Inside the Revolution: Everyday Life in Socialist Cuba*, Ithaka, London 1997, S. 171.

⁸⁹ Vgl. z.B. Bericht zu den Ergebnissen der Tätigkeit der in den Bezirken und Kreisen eingesetzten Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Wurstwaren, Obst und Gemüse sowie Getränken, an Egon Krenz, ohne Verfasser; ohne Datum – wahrscheinlich kurz nach 02.10.1989, SAPMO Barch DY 30/IV 2/2.039/268, Bl. 137-160.

ihre (zu) niedrigen Renten für große Sprünge meist nicht ausreichten.⁹⁰ Weiterhin gab es die in den sechziger Jahren eingeführten Exquisit- und Delikat-Läden, die überschüssige Kaufkraft abschöpfen sollten. Sie boten Bekleidung und Nahrungsmittel mit „luxuriösem“, scheinbar westlichem Niveau für ein Vier- oder Fünffaches des Normalpreises an⁹¹ und teilten die ostdeutschen Konsumenten in zwei Klassen. Obwohl sich die einzelnen Berufsgruppen in ihrem Verdienst offiziell nicht wesentlich voneinander unterschieden, ermöglichten z.B. ein Erbe, Schwarzmarktgeschäfte oder Beziehungen den regelmäßigen Einkauf in diesen Geschäften, die für viele andere DDR-Bürger einfach zu teuer waren. Die Exklusivität dieser Geschäfte konnte jedoch nicht verhindern, daß der Staat auch in hier nicht „stabil“ versorgen konnte bzw. sich oft verplante und daß sowohl Schlangen als auch „Ladenhüter“ sogar hier zum täglichen Bild gehörten.

Milena Veenis hat die Konsumkultur in Ostdeutschland vor und nach der ‚Wende‘ untersucht und schlußfolgert, daß es in der DDR soziale Gleichheit im wesentlichen nur in einem Hinblick gegeben hat: in dem ständigen Bemühen aller DDR-Bürger nach der Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse.⁹² Die Zunahme der materiellen Unzufriedenheit unter den DDR-Bürgern war also zu einem großen Teil das Resultat der ständig präsenten westdeutschen Konsumkultur und einer in ihren materiellen Mitteln und Möglichkeiten offenkundig geteilten Gesellschaft.

Schwieriger ist es dagegen zu analysieren, inwieweit sich die Versorgungslage in der DDR zum Ende der achtziger Jahre hin tatsächlich verschlechtert oder vielleicht sogar verbessert hat. In Statistiken und Berichten der zuständigen Partei- und Staatsorgane, die uns heute Aufschluß über dieses Problem geben könnten, sind viele notwendige Daten nicht enthalten, weil sie nur schlecht oder unvollständig zu erfassen oder abzuschätzen waren. Dazu gehören der tatsächliche Anteil der Selbstversorgung an der Gesamtversorgung der Bevölkerung, der private Tauschhandel, Schwarzmarktgeschäfte sowie die Versorgung durch westdeutsche Pakete. Sowohl in offiziellen als auch in internen

⁹⁰ 1989 lag die durchschnittliche Rente zwischen 300,- und 370,- M. Dies bedeutete eine Differenz von rund 900,-M zum Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder Angestellten. Vgl. Wollé, *Die heile Welt der Diktatur*, S. 181f.

⁹¹ Vgl. Kopstein, *Politics of Economic Decline*, S. 186.

⁹² Milena Veenis, *Consumption in East Germany: The Seduction and Betrayal of Things*, in: *Journal of Material Culture*, 4 (1999), S. 79-112, hier S. 93.

Berichten wirtschaftsleitender Organe wurde bis 1989 von erhöhten Produktionsraten (auch in der Konsumgüterindustrie), gestiegenen Einzelhandelsumsätzen und weiteren Steigerungen des Arbeits- und Lebensniveaus gesprochen. Dies entsprach grundsätzlich meist der Realität. Trotz steigender Warenbereitstellung in vielen ‚Sortimenten‘ konnte die – mit den Ersparnissen ebenfalls wachsende – Nachfrage meist nicht befriedigt werden. Ein gutes Beispiel hierfür waren die Exquisit-Geschäfte, wo trotz steigender qualitativer Versorgungsleistung bei einigen Artikeln insgesamt die Nachfrage nie gedeckt werden konnte und sich Angebot und Nachfrage immer mehr voneinander entfernten (siehe Grafik 6).⁹³ Daß jedoch oftmals Produktionsraten auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse erhöht wurden und ein gesteigener Einzelhandelsumsatz oftmals das Resultat erhöhter Preise im Delikat- und Exquisit-Bereich war, fand nur selten Erwähnung. Auch daß Lieferrückstände häufig die Produktionssteigerungen wieder ruinierten und daß fehlendes Verpackungsmaterial Auslieferung und Verkauf von vielen Waren verhinderte und oft zum Verrotten nicht nur von Lebensmitteln führte, wurde nicht gleich auf den ersten Seiten protokolliert.

Wie dem auch sei – die Bevölkerung hatte offensichtlich den Eindruck einer sich verschlechternden Versorgungslage, „da wir manches Vernünftige seit Jahr und Tag vermissen.“⁹⁴ Nicht wenige Eingaben argumentierten jedenfalls mit dieser Wahrnehmung und basierten ihre Kritik auf der Zuspitzung vieler Versorgungsprobleme.

„Es ist ein Witz und kaum zu glauben, aber im 35. Jahr des Bestehens unseres Staates bekommen wir für unsere 6 jährige Tochter nirgends einen Anorak ... In den Jahren vor dem Jubiläumsjahr kamen wir bisher ohne große Schwierigkeiten zu einem derartigen ... Bekleidungsstück; warum jetzt nicht? Sind die bisherigen Herstellerbetriebe eingegangen oder produzieren sie nur noch für besagte Exquisitläden?“⁹⁵

Altersschwach schon zum 35., schien die DDR auf ihr 40. Jubiläum schlecht vorbereitet. Diese Eingabe ist nur ein Beispiel für die Wut vieler

⁹³ Siehe Anhang, Grafik 6 (Zur Versorgung mit Exquisiterzeugnissen vom 23.6.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41861).

⁹⁴ Auszug aus der Eingabe von H. R. aus Soland vom 18.1.1988, Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im I. Quartal 1988 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.04.1988), SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38621/2.

⁹⁵ Eingabe von Herrn H. L. aus Berlin vom 24.10.1984, Barch DL 1/25548.

Bürger, die nicht in den teuren Exquisit- oder Delikat-Geschäften einkaufen konnten. Sie richtete sich dagegen, daß immer mehr Waren aus dem Angebot der ‚normalen‘ Geschäfte verschwanden und zu höheren Preisen im Exquisit oder Delikat verkauft wurden. Dies wurde – zu Recht – als Ungerechtigkeit und nicht vereinbar mit der Idee sozialistischer Konsumpolitik verurteilt. Die Prüfung entsprechender Eingaben durch den Petitionsausschuß der Volkskammer ergab folgendes Ergebnis:

„Zur Frage Delikathandel: Es gibt hierzu einer Reihe von Eingaben. In den meisten Fällen sind diese Eingaben berechtigt. ... Es gibt eine Reihe von Beispielen, die auf unseren Tisch kommen, aus denen hervorgeht, daß Waren aus den Kaufhallen, aus dem Allgemeinhandel verschwinden und nur noch im Delikathandel verkauft werden.“⁹⁶

Diese Entwicklung bedeutete für die „Normaleinkäufer“ eine fühlbare Verschlechterung der Versorgungssituation: Viele Produkte verschwanden einfach ohne äquivalenten Ersatz. Delikat und Exquisit waren eingerichtet worden, um Lebensmittel höchsten Standards, das heißt mit möglich westlichem Produktimage, anzubieten und sollten das gesparte Geld der DDR-Bürger „lockermachen“. Doch auch hier machten sich offenbar zunehmend die Probleme der sozialistischen Planwirtschaft bemerkbar. Ein Ehepaar aus Berlin schrieb im November 1985:

„Der Grund dieser Eingabe ist unsere absolute Unzufriedenheit mit der Versorgungslage auf bestimmten Gebieten. Es haben sich eindeutig Verschlechterungen ergeben. ... Das Angebot in diesen [Exquisit-, C.S] Geschäften ist seit längerer Zeit rückläufig. Für die Art dieser Geschäfte ist dieses Angebot sogar als unzumutbar zu betrachten. Es stellt sich die Frage, ob diese Geschäfte diese Bezeichnung noch zu recht tragen. ...

So, wie wir in unseren Betrieben um die Erfüllung und Übererfüllung unserer Pläne kämpfen, können wir ja wohl auch erwarten, daß wir für dieses erarbeitete Geld anständige Ware erhalten.“⁹⁷

Viele andere Einsender schilderten eine drastische Verschlechterung der Versorgungslage in den „normalen“ Geschäften – auch bei Grund-

⁹⁶ Stenografisches Protokoll Beratung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 15.3.1985, Barch DA 1/15485.

⁹⁷ Eingabe von Fam. B. und G. S. aus Berlin vom 27.11.1985, Barch DL 1/25548.

nahrungsmitteln. In entsprechenden Eingaben an das Ministerium für Handel und Versorgung Ende der achtziger Jahre hieß es:

„Die Versorgung der Bevölkerung im Stadtbezirk Karl-Marx-Stadt Mitte-Nord ist auf ein Niveau gesunken, an dem ich ganz klar die Schlußfolgerung ziehe, daß Sie und die Ihnen unterstehenden Leitungskader/Mitarbeiter des Ministeriums den Wählerauftrag auf diesem Gebiet bis zur Zeit nicht erfüllen. ... keine durchgängige Versorgung mit Getränken (besonders nach 16.00 Uhr) ... [und, C.S.] der komplette Ausfall der Frischwaren-versorgung (OGS) ... [sowie, C.S.] zeitliche Versorgungslücken im Grundsortiment sind keine Seltenheit!“⁹⁸

„In diesem Jahr erlebe ich die schlechteste Obst- und Gemüseversorgung in Karl-Marx-Stadt seit Anfang der 60er Jahre.“⁹⁹

„Im Laufe des Jahres mußte ich feststellen, wie insbesondere die Versorgung mit Obst und Gemüse von Jahr zu Jahr schlechter geworden ist. In diesem Jahr hat sie einen solchen Tiefpunkt erreicht, daß ich nicht mehr einsehe, dies als gegeben hinnehmen und akzeptieren zu müssen.“¹⁰⁰

Nicht nur die bereits diskutierte Obst- und Gemüseversorgung schien sich in den Augen der Konsumenten zu verschlechtern. Auch zahlreiche andere Grundnahrungsmittel gab es offenbar nicht mehr regelmäßig zu kaufen – ein Zustand, der vielen Einsendern als eine Entwicklung der achtziger Jahre und somit anachronistisch erschien. Die folgende Eingabe ist ein besonders drastisches Beispiel für die Probleme der Konsumenten auf dem Lande. Es ist interessant, daß immer wieder mit dem nicht erfüllten Versorgungsanspruch der SED, den die Partei ja selbst aufgebaut hatte, argumentiert wurde.

„Die Beschlüsse von Partei und Regierung beinhalten unter anderem eine stabile Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln bis zum Ladenschluß. Da sich die Einkaufsmöglichkeiten in unserem Ort von Monat zu Monat sichtbar verschlechtern, möchte ich mich heute an Sie wenden, mit der Bitte, eine positive Veränderung zu erreichen. ... Um 8.00 Uhr öffnet der

⁹⁸ Auszug aus der Eingabe von Herrn B. S. aus Karl-Marx-Stadt, Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im III. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.10.1987), SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

⁹⁹ Eingabe von Frau M. R. aus Karl-Marx-Stadt, ebenda.

¹⁰⁰ Eingabe von Frau C. L. aus Leipzig, ebenda.

Konsum. Gegen 9.00 Uhr gibt es keine Milch mehr, keine Schrippen, kein Kuchen, kein Weißbrot. Früh werden Kartoffeln geliefert, mittags gibt es keine mehr. Ebenso ergeht es uns mit Quark, saurer Sahne, Brause und dergleichen. Jetzt ist es schon soweit, daß es eine ganze Woche kein Mehl, keine Makkaronis, keinen Essig gibt, um nur einiges anzuführen. Wenn man von der Arbeit kommt, erhält man nicht in jedem Falle Brot, welches ja wohl zu den Grundnahrungsmitteln gehört. Wenn man zum Fleischer will, darf man nicht arbeiten gehen, weil nachmittags fast alles ausverkauft ist.¹⁰¹

Zwar geben die Inhalte der Schreiben und der scheinbare Tenor, daß sich Verschlechterungen auf gewissen Gebieten der Versorgung eingestellt hatten, eine wichtige Richtung vor. Eingaben müssen jedoch, wie einleitend beschrieben, mit gewisser Vorsicht studiert und kritisch hinterfragt werden. Es muß also beachtet werden, daß gerade auf dem Gebiet der Versorgungslage viele Eingabenschreiber daran interessiert waren, ihre eigentliche Situation zu dramatisieren, um die materiellen Probleme und Versorgungsengpässe zumindest auf individueller Ebene zu beseitigen. Mit Sicherheit wurde gern und häufig übertrieben. Daher müssen auch andere Quellen herangezogen werden, um diesen Aspekt besser zu beleuchten.

Die Verschlechterung der Versorgungslage spiegelte sich zum Beispiel deutlich in den während der achtziger Jahre konstant ansteigenden Sparguthaben der Bevölkerung wider. Die unter Honecker gestiegenen Löhne führten zu potentiell höherer Kaufkraft, konnten jedoch nicht für Waren oder Serviceleistungen ausgegeben werden, da es diese nicht in ausreichendem Maße gab. Vom ökonomischen Standpunkt aus sind wachsende Einkommen nicht nur mit einem Anstieg der Ausgaben der Konsumenten verbunden, sie erhöhen auch die quantitative Nachfrage nach Konsumgütern.¹⁰² Hohe Spareinlagen verstärken diesen Trend zusätzlich.¹⁰³ In der DDR war genau diese Entwicklung eingetreten und spitzte sich im Laufe der Jahre immer mehr zu. Werner Jarowinsky schlußfolgerte aus der Situation 1985:

¹⁰¹ Auszug aus der Eingabe von Frau H. K. aus Kagel (Bezirk Frankfurt/Oder), ebenda.

¹⁰² Vgl. David Begg, Stanley Fischer und Rüdiger Dornbusch, *Economics*, Maidenhead 1997, S. 64ff.

¹⁰³ Vgl. ebenda.

„Die Geldeinnahmen wachsen weiter, der Bedarf der Bevölkerung ist vielgestaltiger geworden, folglich muß auch das Warenangebot reichhaltiger werden. Dabei geht es uns nicht um irgendwelche Erzeugnisse, sondern es geht um Waren, die dem bestehenden und sich entwickelnden Bedarf der Bevölkerung entsprechen, um Erzeugnisse, die besonders begehrt und gefragt sind und die sich die Käufer vordringlich wünschen.“¹⁰⁴

Dieses Vorhaben ließ sich natürlich – wie so viele andere – aufgrund der inflexiblen Strukturen in der sozialistischen Planwirtschaft nicht in dem Maße realisieren. Nicht einmal der Versuch, das Kundeninteresse auf ein Angebot gehobenen Standards in den Delikat- und Exquisit-Geschäften umzulenken, um so das überschüssige Geld abzukassieren, hatte so recht funktioniert. Anfang der achtziger Jahre kam die ‚Notbremse‘ in Form der Anordnung, daß alle Kombinate mindestens 5% ihrer Produktion der Herstellung von Konsumgütern zu widmen hätten. Hierbei spielte keine Rolle, ob ein Kombinat ursprünglich der Konsumgüter produzierenden Industrie angehörte oder nicht.¹⁰⁵ Dieser Versuch war jedoch ebenso wenig erfolgreich wie andere Versuche, die Innovationsrate in den Betrieben zu erhöhen.¹⁰⁶ Viele DDR-Konsumenten hatten also genügend Geld für Dinge, die es nicht oder nicht ausreichend zu kaufen, und zu wenig für wesentlich überteuerte Konsumgüter wie Autos auf dem Schwarzmarkt.

Es überrascht daher wenig, daß (spätestens) ab 1986 die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung schneller stiegen als der Einzelhandelsumsatz (siehe Grafik 7).¹⁰⁷ Bereits seit 1981 hatte das Volumen der Spareinlagen den jährlichen Einzelhandelsumsatz überstiegen.¹⁰⁸ Auch durch Preiserhöhungen konnten die überschüssigen Geldmengen nicht abgeschöpft werden. Da Konsumgüter fehlten, gaben die Konsumenten ihr Geld immer mehr für Lebensmittel aus, so daß auch hier zunehmend

¹⁰⁴ Zu den aktuellen Aufgaben in Handel und Versorgung, Jarowinsky an Honecker am 4.1.1985), SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41852.

¹⁰⁵ Vgl. Kopstein, *Politics of Economic Decline*, S. 188; Claudia Erdmann, Graphitelektrode und Zierkeramik: Konsumgüterproduktion in der DDR, in: Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V. (Hg.), *Fortschritt, Norm und Eigensinn: Erkundungen im Alltag der DDR*, Berlin 1999, S. 73-83, hier S. 73-82.

¹⁰⁶ Vgl. Kopstein, *Politics of Economic Decline*, S. 188.

¹⁰⁷ Siehe Anhang, Grafik 7 (Zur Geldeinnahmeentwicklung 1970-1986, Jurich an Jarowinsky am 14.1.1986, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 35464/2).

¹⁰⁸ Siehe ebenda.

Engpässe auftraten. Ein Teufelskreis – nicht nur für spezielle Produkte der „Festtagsversorgung“:

„Wir haben im letzten Jahr und auch anhaltend in diesem Jahr ein schlechtes Verhältnis der Entwicklung im Warenfonds von Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern. Der Umsatz an industriellen Konsumgütern ist zurückgegangen. Der Umsatz an Nahrungs- und Genußmitteln ist weiter gestiegen. Wir haben ein grundsätzliches Problem: Die Einkommen der Bevölkerung wachsen schneller als der Warenfonds. Dadurch gibt es sehr viel Kaufkraft, und wenn wir nicht genügend gute industrielle Konsumgüter zur Verfügung stellen, werden um so mehr Kauffonds für die Nahrungs- und Genußmittel verwendet. Mit dieser Erscheinung haben wir es im Moment zu tun. ... Wir können die Produktion an Nahrungs- und Genußmitteln nicht mehr so schnell steigern.

Ich will nichts direkt zu den Osterhasen sagen, aber schließlich ist Schokolade auch nicht gesund.“¹⁰⁹

Auch das Institut für Marktforschung bestätigte 1987, „daß neben Angebotsverbesserungen vorhandene Angebotsprobleme deutlicher ausgeprägt sind.“¹¹⁰ Im Bezug auf Kosmetik beispielsweise habe sich „die Versorgungssituation verschärft“, das Angebot sich „weiter verschlechtert“.¹¹¹ Diese rückläufige Entwicklung der Versorgungslage wird in vielen Berichten des Instituts in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre beschrieben. Die Auswahlbreite in den Lebensmittelgeschäften habe sich seit dem Ende der siebziger Jahre „nicht wesentlich verändert“ – die Vielfalt des Angebotes stagnierte also. Außerdem habe sich die Qualität der Erzeugnisse des Grundbedarfs „teilweise verschlechtert“, und „bei 40% der Erzeugnisse“ lag das „Qualitätsniveau unter dem von 1980“.¹¹² Auch bei Obst und Gemüse gebe es eine Abwärtsentwicklung: Der abfallende Trend der Vorjahre hätte sich 1988 noch weiter verschlimmert. Insgesamt schätze „die Bevölkerung ... bei ausgewählten

¹⁰⁹ Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 30. März 1983, Barch DA 1/15479.

¹¹⁰ Ergebnisse der Korrespondentenbefragung 1/87 Bericht 1/87: zu ausgewählten Positionen der Nahrungs- und Genußmittel, erstellt von Stefan Uhlmann; Institut für Marktforschung, Leipzig, 27.04.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38612/3.

¹¹¹ Zur Versorgungssituation im Sortiment Parfümerie und Kosmetik, Institut für Marktforschung, Leipzig, 20.7.1987, ebenda.

¹¹² Die Ernährungssituation und Möglichkeiten ihrer Verbesserung, Institut für Marktforschung, Leipzig, 31.3.1987, ebenda..

Nahrungs- und Genußmitteln die Angebotsentwicklung äußerst kritisch ein“. Die „Sortimente und Artikelgruppen ... bei denen ausreichend versorgt werden kann“ nähmen „tendenziell ab“. ¹¹³

In der Tat läßt sich für manche Waren die zunehmende Verschlechterung der Versorgungslage anhand von Berichten des ZK-Sekretärs für Versorgungsfragen nachvollziehen. So nahm zum Beispiel die Versorgung mit Obst und Gemüse, diesen für die Bevölkerung so wichtigen Positionen, zum Ende der achtziger Jahre hin immer mehr ab.

„Bei wesentlich gewachsenem Einkommen stand ein erheblich geringeres Aufkommen als im Vorjahr zur Verfügung. Allein bei Äpfeln wurden 138,7 kt weniger geerntet als im Vorjahr. Damit reichen die Einlagerungsmengen nur für die ersten Monate des nächsten Jahres aus. ... Auch das Angebot entsprechender Konserven ist Im Vergleich zu früheren Jahren z.T. erheblich eingeschränkt.“¹¹⁴

Auch die Versorgung mit Südfrüchten entwickelte sich schon lange nicht mehr nach den Vorstellungen Erich Honeckers. Auf seine kritischen Bemerkungen hin und „unter Berücksichtigung ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit“ ließ Werner Jarowinsky im Januar 1985 die Entwicklung der Bereitstellung von Bananen und Orangen untersuchen. Es zeigte sich, daß es bis zum Ende der siebziger Jahre den Trend zunehmender Versorgungsmengen gegeben hatte, die dann aufgrund von Importkürzungen leicht abnahmen. 1984 brach die Versorgung aufgrund nicht eingehaltener Importe aus Kuba stark ein (siehe Grafik 5).¹¹⁵

Der Anstieg der materiellen Unzufriedenheit resultierte demnach nicht nur aus den deutsch-deutschen Vergleichsmöglichkeiten, sondern auch aus einer tatsächlichen Verschlechterung der Versorgung mit bestimmten Waren. Um den Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen und dem inneren Zusammenbruch der DDR zu erkennen, muß untersucht werden, welches politische Potential diese steigende Unzufriedenheit entwickeln konnte.

¹¹³ Zur Entwicklung des Umsatzes und der Versorgungslage bei Nahrungs- und Genußmitteln nach 3 Quartalen 1988, Institut für Marktforschung, Leipzig, 11.1.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41868.

¹¹⁴ Information zur Entwicklung der Versorgung, Jarowinsky an Honecker am 16.11.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 41852.

¹¹⁵ Information zur Versorgung der Bevölkerung mit Apfelsinen im Jahre 1984 und Vorschlag zur künftigen Sicherung der Importe von Apfelsinen und Bananen, Jarowinsky an Honecker am 9.1.1985, ebenda.

VI. *Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Versorgungsversprechen*

Erich Honeckers Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zielte auf die Erfüllung grundlegender, existenzieller Bedürfnisse eines jeden DDR-Bürgers. Essen, Wohnraum und freier Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen waren die wesentlichen Stützen der Hauptaufgabe nach dem VIII. Parteitag der SED und bei der Verabschiedung des „großen sozialpolitischen Programms“ im Jahr 1972. Die Anhebung von Einkommen und Mindestrenten, der soziale Wohnungsbau sowie spezielle Sozialleistungen für Frauen mit Kindern (bzw. Kinderwunsch), wie die Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs oder der Ausbau von Kindergartenplätzen, wurden forciert.¹¹⁶ Bereits zu diesem Zeitpunkt warnten – nach Auskunft Gerhard Schürers, des Vorsitzenden der Zentralen Plankommission – DDR-Wirtschaftsexperten vor den überhöhten Kosten eines solchen Sozialprogramms, das für die DDR einfach zu teuer sei.¹¹⁷

Besonders wichtig für den Generalsekretär war in diesem Zusammenhang die Erhöhung des individuellen Lebensstandards der DDR-Bürger. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wollte Honecker zuerst den Lebensstandard erhöhen, um auf dieser Basis Anreize für Motivation und Leistungssteigerung der einzelnen Werktätigen zu schaffen. Ulbricht hatte die umgekehrte Methode – höherer Lebensstandard durch Leistungssteigerung – präferiert.¹¹⁸ Für die SED waren Lebensstandard und Konsum wichtige Garantien für die Aufrechterhaltung und Legitimierung ihrer Macht. Und politische Einstellungen der Bürger werden, wie bereits erwähnt, wesentlich durch Lebensstandard und Konsum beeinflusst: „Ob der Sozialismus gut ist oder nicht, das zeigt sich auch mit daran, was ich mir für mein Geld kaufen kann“, hieß es schon 1973 in einer Bürgereingabe.¹¹⁹ Die SED-Funktionäre waren sich dieser Tatsache mehr als bewußt.¹²⁰ 1987 warnte das Institut für Markt-

¹¹⁶ Vgl. Klaus Schröder, *Der SED-Staat: Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998, S. 219f.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 220.

¹¹⁸ Vgl. Steiner, *Dissolution over the „Dictatorship over Needs“?*, S. 184; Merkel, *Utopie und Bedürfnis*, S. 43.

¹¹⁹ Eingabe von Herrn K. W. aus Thossfell/Vogtland, Kurzinformation über Probleme aus Eingaben der Bürger an das Ministerium für Handel und Versorgung – Juli 1973, Berlin, 6.8.1973, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 16949.

¹²⁰ Vgl. Kaminsky, „Ein Politikum ersten Ranges“.

forschung der DDR: „Diese [Versorgungs-, C.S.] Fragen sollten möglichst rasch gelöst werden, da sie aufgrund der Stellung der Ernährung im Leben auch gesellschaftspolitisches Gewicht besitzen.“¹²¹

In der Tat war die SED in Sorge um die Auswirkungen der zunehmenden Kritik an den Versorgungsengpässen, Qualitätsmängeln und der Monotonie des Angebots. In vielen Berichten finden sich Hinweise auf den auch in der DDR eklatanten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Unzufriedenheit und politischem Unverständnis. Die SED-Führung mußte hinnehmen, daß nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche Forderungen mehr und mehr an Dominanz und politischer Brisanz im gesellschaftlichen Bewußtsein der DDR-Bürger gewannen.¹²²

„Verstärkt wird das politische Unverständnis geäußert, daß in einem modernen Industriestaat, wie der DDR, die Bürger ständig länger auf die Realisierung ihrer Pkw-Bestellung warten müssen.“¹²³

„Wir spüren tagtäglich, daß Reparaturen und Dienstleistungen neben dem Handel maßgeblich das politische Klima in einem Kreis mitbestimmen.“¹²⁴

„Die steigende Tendenz im Abkauf hält an und greift auch auf Wurstwaren sowie auf Fleisch- und Wurstkonserven über. Es kommt zu Schlangenbildungen vor den Verkaufseinrichtungen und zu politischen Diskussionen.“¹²⁵

Aus vielen der oben zitierten Eingaben wird ersichtlich, daß die Kritik an Versorgungsproblemen eng mit den Versprechen der SED-Sozialpolitik verbunden war. Immer wieder finden sich Argumentationsmuster, die allesamt auf die Nichteinhaltung dessen, was man als „Versorgungsversprechen“ der SED bezeichnen könnte, zielten. Die SED-

¹²¹ Die Ernährungssituation und Möglichkeiten ihrer Verbesserung, Institut für Marktforschung, Leipzig, 31.3.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38612/3.

¹²² Robert Deutsch zeigt, daß es diesen konsumorientierten Trend grundsätzlich nicht nur in der DDR, sondern auch in den anderen osteuropäischen Staaten gab. Vgl. Robert Deutsch, *The Food Revolution in the Soviet Union and Eastern Europe*, Boulder 1986, S. 146f.

¹²³ Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im II. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

¹²⁴ Eberhard Hohaus, Vors. des Rates des Kreises Eisleben, in: *Stenografisches Protokoll Sitzung des Ausschusses für Eingaben der Bürger am 30.9.1987*, Barch DA 1/17298.

¹²⁵ Information zur Versorgung mit Fleisch und Wurstwaren, Ministerium für Handel und Versorgung; Berlin, den 11.5.1982, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 31984/2.

Diktatur war nicht nur eine politische Diktatur der Gesellschaft, sondern auch der Wirtschaft. Wirtschaftliche und Versorgungs-Fragen wurden grundsätzlich politisch entschieden – daraus ergab sich der Versorgungsanspruch des sozialistischen Staates gegenüber seiner Bevölkerung. Planwirtschaft meinte auch Plan-Versorgung.

Die DDR-Bürger nahmen dieses Konzept zumindest zu einem Teil an. Die positiven Effekte der SED-Sozialpolitik waren anfangs willkommen, später wurden sie selbstverständlich. Das, was nicht eingehalten wurde, erregte Aufmerksamkeit und Kritik. Daß das – im Verhältnis zu den Ansprüchen und Zielen der Partei – allerhand war, steht außer Frage. So erwies sich die DDR meines Erachtens auch auf dem Gebiet der Ernährung nicht immer als „ein ganz normal im Trend liegendes Industrieland“.¹²⁶ Abgesehen von den beschriebenen Problemen in der regelmäßigen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln stieß vor allem der Mangel an gesundheitspolitisch wichtigen Produkten immer stärker auf Kritik. Ein Eingabenbericht des MHV aus dem Jahr 1987 betonte:

„Der Anteil der Eingabenprobleme zum Angebot von Artikeln der gesunden Ernährung und Diabetikerversorgung an den Hinweisen zur Warenbereitstellung ... erreicht im Berichtszeitraum fast 20% (Vorjahr 8%). Damit setzt sich das hohe Tempo des Wachstums der Zuschriften zu dieser Problematik unvermindert fort. Im Vordergrund steht der Wunsch nach Stabilisierung des Angebotes (z.B. bei Diätbrot, Diätwurst und Diabetiker-Bier), nach Erweiterung des Sortiments und nach Verbesserung der Erzeugnisqualität.“¹²⁷

Diabetiker, aber auch andere Bürger, konnten immer weniger verstehen, warum manche für viele Menschen so wichtige Nahrungsmittel einfach nicht zu bekommen waren.

„Seit Monaten gibt es kein Knäckebrot mehr. Neulich traf eine Lieferung mit 40 Päckchen ein. Der Laden ist 2 km entfernt, deshalb komme ich selten hin. Meint man im Großhandel, daß

¹²⁶ Merkel, Utopie und Bedürfnis, S. 317.

¹²⁷ Information über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im III. Quartal 1987 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowsky am 26.10.1987, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38620/2.

unter 6 T[ausend] Menschen nur 40 auf ein Päckchen erpicht sind.“¹²⁸

Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den materiellen Bedingungen, wozu zu einem gewissen Teil auch der Verdruß über die fehlende Reisefreiheit gezählt werden muß, demonstrierte den Verantwortlichen nicht nur die ultimativen Schwächen der Planwirtschaft und der ihr zugrunde liegenden Politik. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bildete in den Augen vieler DDR-Bürger keine Einheit mehr. Noch viel wichtiger war, daß die Kritiken aus der Bevölkerung zunehmend wütender und ratloser klangen. Es wurde immer deutlicher, daß sich die benannten materiellen – ebenso wie die politischen – Probleme in diesem Staat nicht einfach lösen lassen würden. Und dies, so warnte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eindringlich, konnte schon bald gefährlich werden.

VII. Mit dem Schlimmsten rechnen. Die Einschätzung durch das MfS

Im Dezember 1987 erstattete das MfS Egon Krenz als zuständigem ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen Bericht „über einige beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu Problemen des Handels und der Versorgung“. Darin wurde der Tenor der oben diskutierten Eingaben mehr als bestätigt.

„Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen nehmen in der Hauptstadt und in allen Bezirken der DDR die Meinungsäußerungen breiter Kreise der Bevölkerung zu innenpolitischen Vorgängen an Umfang und Intensität ständig zu. ... Außerordentlich breiten Raum nehmen in diesem Zusammenhang Diskussionen zu Problemen des Handels und der Versorgung sowie zur Preispolitik ein.“

Nüchtern charakterisierte der Bericht die genaueren Ursachen dieser Unzufriedenheit. Die Diskussionen, hieß es,

„widerspiegeln wachsenden Unmut und Unzufriedenheit insbesondere unter Hinweis auf immer offener zutage tretende Angebots-

¹²⁸ Eingabe von Herrn H. R. aus Soland vom 18.1.1988, Bericht über die Schwerpunkte und die Arbeit mit den im I. Quartal 1988 an das MHV gerichteten Eingaben, Briksa an Jarowinsky am 26.04.1988, SAPMO Barch DY 30/vorl. SED 38621/2.

und Sortimentslücken bei Waren unterschiedlichster Erzeugnisgruppen, Qualitätsmängel bei Industriewaren und hochwertigen Konsumgütern, diskontinuierliche Waren-lieferungen, auch bei Grundnahrungsmitteln, unvertretbar lange Wartezeiten in den Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen, besonders im Kfz-Reparaturbereich, fehlende Ersatzteile sowie die als ungerechtfertigt bezeichneten Preisrelationen im Delikat- und Exquisithandel.

Letzteres gelte insbesondere für Erzeugnisse, die vor einiger Zeit noch zu niedrigen Preisen im Einzelhandel erhältlich waren und gegenwärtig ohne feststellbare höhere Qualität und Gebrauchswerteigenschaften ausschließlich in Delikat- und Exquisitläden verkauft werden.“

Der Bericht fuhr – nicht mehr ganz so nüchtern – fort, es sei „mit dem Schlimmsten zu rechnen, wenn die gegenwärtige „Rückwärtsentwicklung“ nicht bald gestoppt wird.“ Mit Rückwärtsentwicklung war eindeutig die materielle gemeint; der Bericht wurde noch deutlicher, was die Entwicklung der Versorgungslage und die Lösung der entsprechenden Probleme betraf.

„Es häufen sich die Hinweise aus gesellschaftlichen Bereichen in allen Bezirken der DDR über Diskussionen von Werktätigen, aus denen hervorgeht, daß zentralen bzw. territorialen Organen die Fähigkeit abgesprochen wird, die seit Jahren andauernden und in jüngster Zeit zugespitzten Versorgungsprobleme im Interesse der Werktätigen zu lösen. ... Immer häufiger werden Vergleiche des derzeitigen Warenangebots, der Preise und der Einkommensstruktur mit der Situation vor Jahren angestellt und ein Absinken des Lebensniveaus und des Realeinkommens konstatiert. Dies sei – so wird argumentiert – nach 38 Jahren Existenz der DDR ein trauriges Ergebnis.“

Auch die in den Eingaben beschriebene und vielfach kritisierte Praxis, während der Arbeitszeit einkaufen zu gehen, wurde durch diesen Bericht einmal mehr bestätigt.

„In wachsendem Maße nutzen Arbeiter und Angestellte in Betrieben, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen die Arbeitszeit für z.T. mehrstündige Einkäufe bzw. verlassen aus diesen Gründen vorzeitig ihren Arbeitsplatz, häufig mit Wissen und Duldung der zuständigen Leiter.

In der Regel wird das Verlassen des Arbeitsplatzes damit begründet, nach Arbeitsschluß die benötigten Waren nicht mehr zu erhalten.“

129

Das Ministerium für Staatssicherheit wußte über die Entwicklungen in der Gesellschaft Bescheid. Die Brisanz, die aus diesem Bericht hervorgeht, muß SED- und Staats-Funktionäre alarmiert haben. Doch es war offensichtlich zu spät.

VIII. Schlußbemerkungen

Die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie in diesem Bericht der Stasi geschildert wurde, konnte nicht nur gefährlich werden, sie war im zeitlichen Gefüge des Sommers und Herbstes 1989 bereits gefährlich. Nach vier Jahren erbitterten Widerstands der Honecker-Riege gegen Michail Gorbatschows Reformpläne war die DDR innen- und außenpolitisch geschwächt und ohne Rückhalt.¹³⁰ Die Volkswirtschaft war am Ende, und riesige Auslandsschulden führten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die DDR hatte mit ihrer extensiven Sozialpolitik über ihre Verhältnisse gelebt, Leistung und Verbrauch standen in keinem Verhältnis zueinander. Bereits Mitte der achtziger Jahre lag die Konsumtionsrate der DDR bei 82%.¹³¹ Tausende von DDR-Bürgern hatten mit ihrer Flucht im Sommer 1989 ein großes Loch hinterlassen. Die DDR war zu ihrem 40. Geburtstag nicht mehr in der Lage, sich den Aktionen der oppositionellen Bürgerbewegungen entgegenzustellen.¹³²

¹²⁹ Hinweise über einige beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu Problemen des Handels und der Versorgung, MfS an Egon Krenz im Dezember 1987), SAPMO Barch DY 30/IV 2/2.039/349.

¹³⁰ Vgl. Armin Mitter, Stefan Wolle, Untergang auf Raten: Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 501.

¹³¹ Ausgewählte Fragen der gegenwärtigen internationalen und nationalen ökonomischen Entwicklungen (Expertise), ZIJ, Leipzig, November 1984, Barch DC 4/211.

¹³² Die Literaturlage zum Ende der DDR ist mehr als reichhaltig. Die angedeuteten Zusammenhänge sind meines Erachtens am besten untersucht worden von Gert-Joachim Glaeßner, Der Weg in die Krise und das Ende des ‚realen Sozialismus‘, in: Ders. (Hg.), Eine deutsche Revolution: Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, Frankfurt/Main 1992, S. 17-38 (= Berliner Schriften zur Politik und Gesellschaft im Sozialismus und Kommunismus; Bd. 4); Lothar Fritze, Innenansicht eines Ruins: Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993 (= Akademiebeiträge zur politischen Bildung; Bd. 25); Hans-Hermann Hertle, Der

Die Rolle der Aktivisten dieser Oppositionsgruppen kann nicht genug gewürdigt werden. Darüber hinaus trug aber die materielle Unzufriedenheit, die bei nahezu jedem DDR-Bürger vorhanden war, wesentlich dazu bei, daß aus den ersten Demonstrationen der politisch motivierten Bürgerbewegungen die eigentliche Massenbewegung wurde, die der Revolution schließlich auch zum Sieg verhalf.¹³³

Während die meisten Forderungen nach politischen Veränderungen zwar die diktatorischen SED-Praktiken, nicht jedoch die DDR als Staat und den Sozialismus als Gesellschaftsform eliminiert sehen wollten, waren die Kritiker der wirtschaftlichen Probleme rigorosere. Für sie kam als Ziel nur die Bundesrepublik mit ihrer Währung, auf keinen Fall jedoch eine fortbestehende, wenn auch veränderte DDR in Frage. Aus diesem Grund entfernten sich die Forderungen der Bürgerrechtler und des Großteils der Bevölkerung im Verlauf des Herbstes 1989 immer mehr voneinander. Die Bürgerbewegungen versuchten, einen Dritten Weg zu finden. Die überwiegend materialistisch eingestellte Bevölkerung wollte allerdings kein Risiko eingehen – jetzt, wo Konsum, Reisefreiheit und Überfluß so greifbar nahe waren. Die DDR als Konsumgesellschaft war gescheitert.

Viele Zeitgenossen und Autoren werten diese Gesinnung sehr kritisch. Die DDR könne gar nicht als Konsumgesellschaft bezeichnet werden, da dies ihrem Selbstverständnis nicht entspreche.¹³⁴ Wie dem auch sei – Konsum und Konsumtion nahmen im Alltag der DDR-Bürger eine der wesentlichsten Positionen ein. Hätte es alles ‚gegeben‘, und hätten viele junge Leute nicht bis zu fünf oder sechs Jahren nach ihrer Heirat noch bei ihren Eltern in der Neubauwohnung leben müssen, und wären Telefonanschlüsse oder ein Auto nicht noch zu Ende der achtziger Jahre ein ferner Traum für viele Menschen gewesen, wäre Konsum wohl kaum ein so wichtiges Thema gewesen. Lutz

Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, in: Ders. et al., Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern, Hannover 1998, S. 11-22.

¹³³ Peter Voss zeigt, daß Ende 1989 die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Demonstranten so hoch war wie die politische. Vgl. Opp, Voss, Gern, *Origins of a Spontaneous Revolution*, S. 58 f. Trotzdem spielte nach Meinung der Autoren die wirtschaftliche Unzufriedenheit der Bevölkerung keine Rolle in den Protesten der „friedlichen Revolution“.

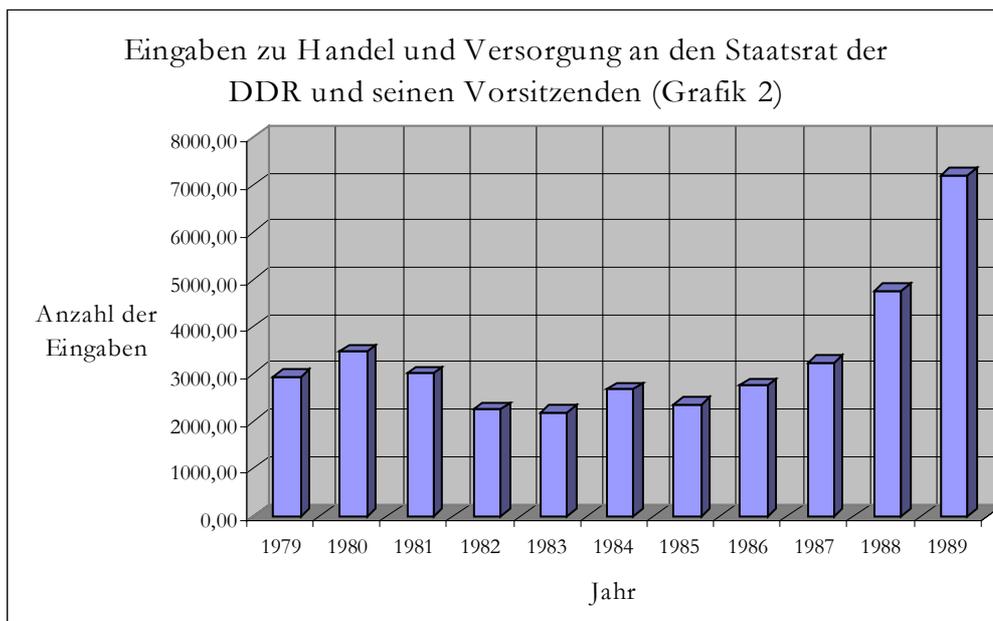
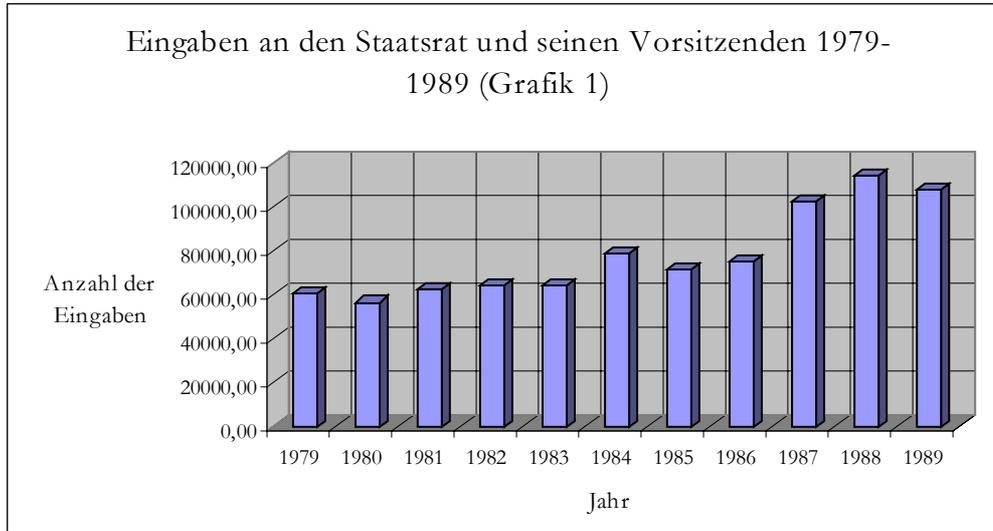
¹³⁴ Vgl. Merkel, *Utopie und Bedürfnis*; Bärbel Bohley, *An den Widerständen in diesem Land bin ich ICH geworden*, in: Glaßner (Hg.), *Eine deutsche Revolution*, S. 11-16, bes. S. 11.

Niethammer, Alexander von Plato und Dorothee Wierling haben in Interviews vor und nach der „Wende“ DDR-Bürger nach ihren Alltagserfahrungen gefragt. Die Kritik an den bestehenden Versorgungsmängeln, so Niethammer, sei darin oft ein dominantes Thema gewesen.¹³⁵ Eine 1995 in einer Ausgabe des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* veröffentlichte EMNID-Umfrage bestätigt dieses Ergebnis. Nach ihren unangenehmsten Erinnerungen an die DDR gefragt, verwies die Mehrheit der befragten Ostdeutschen auf die Versorgungsschwierigkeiten.

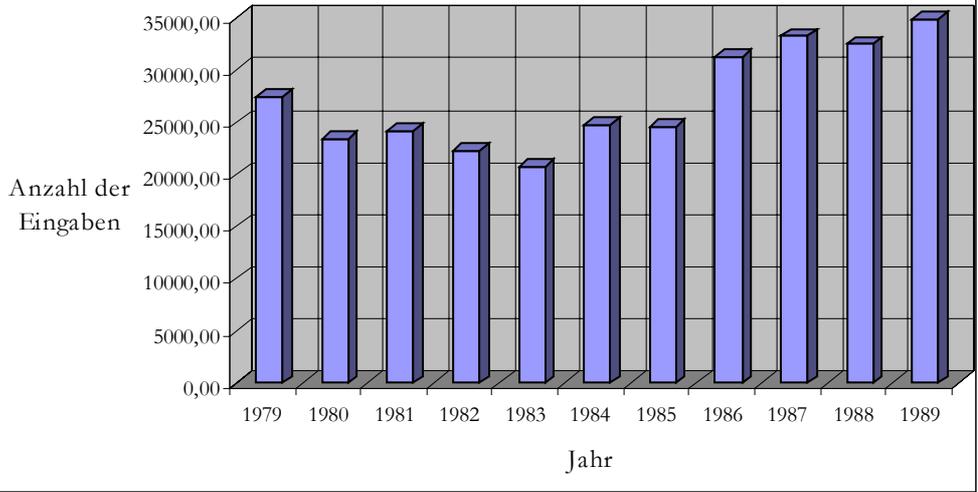
Die SED-Regierung mag ihren Staat nicht als Konsumgesellschaft gesehen haben – er wurde von der Bevölkerung aber als solche gemessen. Die DDR scheiterte schließlich auch als Konsumgesellschaft – nicht, weil sogar der Konsum geplant war, sondern weil dieser an den Bedürfnissen der DDR-Bürger vorbei geplant war.

¹³⁵ Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling (Hg.), *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991, S. 39.

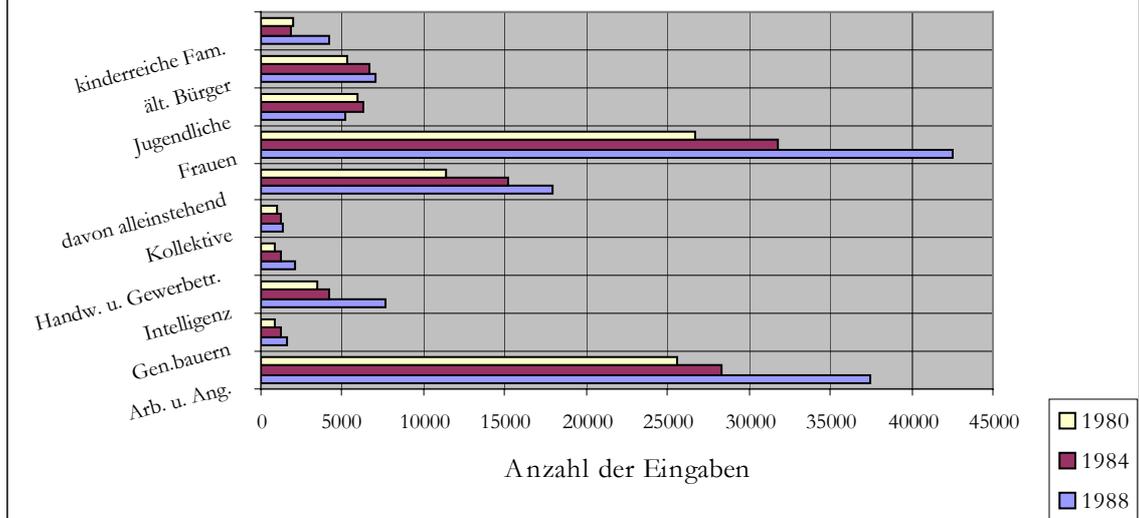
Anhang



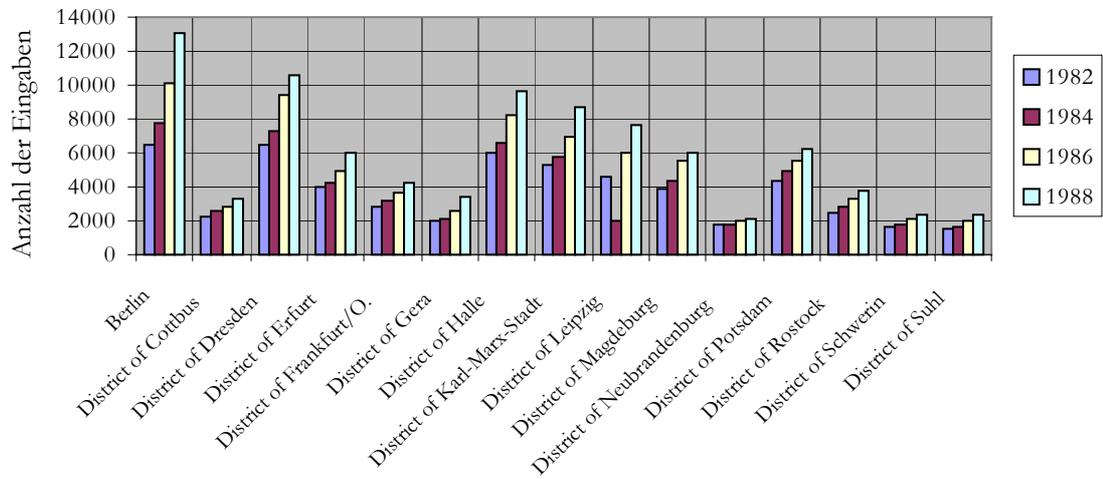
Eingaben zu Wohnraumproblemen an den Staatsrat der DDR und seinen Vorsitzenden (Grafik 3)



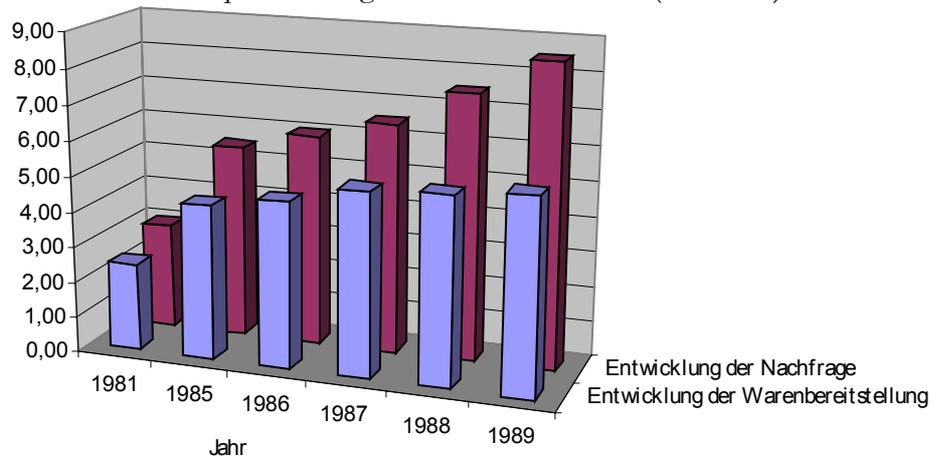
Eingaben an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden nach sozialen Gruppen (Grafik 4)



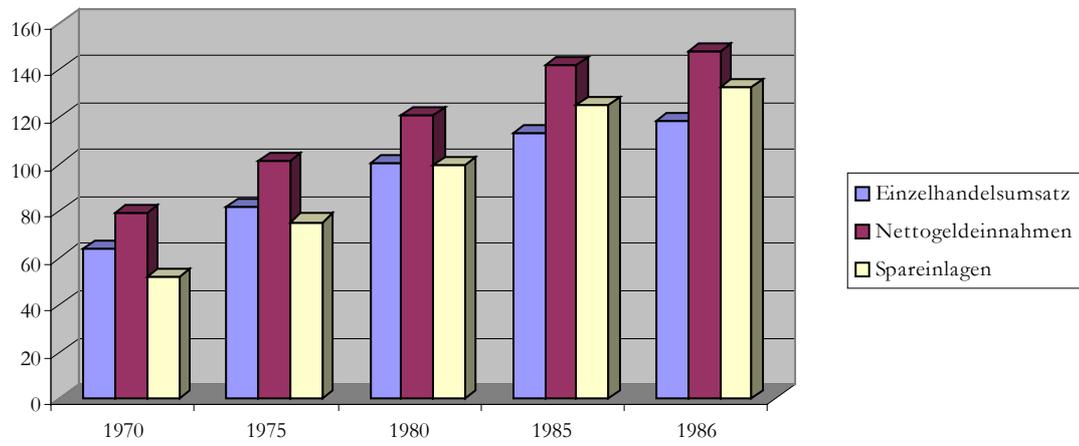
Eingaben an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden nach Bezirken
(Grafik 5)



Entwicklung von Nachfrage nach und Warenbereitstellung von
Exquisiterzeugnissen in Mrd. Mark (Grafik 6)



Entwicklung von Einzelhandelsumsatz, Geldeinnahmen und Sparguthaben in Mrd. Mark (Grafik 7)



Autoren

- Jan Gerber Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Christina Schröder Doktorandin, University of Essex, Großbritannien
- Jana Wüstenhagen Dr. phil, wissenschaftliche Assistentin, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Karsten Rudolph Dr. phil., Privatdozent, Ruhr-Universität Bochum
- Georg Wagner-Kyora Dr. phil., Privatdozent, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstöck,
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

Heft 5 / 1998

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und Isolde Stark.
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und
Matthias Uhl.

Heft 8 / 2000 (Sonderheft)

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.

Heft 9 / 2001

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel
Horstmeier

ISSN 1433-7886